

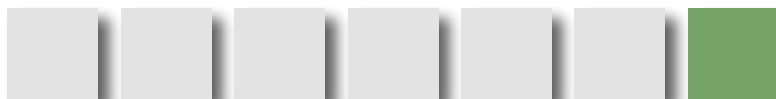
# Jahresblick 2009



Regierung von Unterfranken



Vorwort.....	1
<b>PRÄSIDIUM</b>	
Konjunkturpaket II.....	2
Ministerpräsident Horst Seehofer besucht Unterfranken.....	4
Neue Wege in der Verwaltung.....	5
<b>SICHERHEIT, KOMMUNALES UND SOZIALES</b>	
Stabsrahmenübung für das Kernkraftwerk Grafenrheinfeld.....	6
Unterfränkische Integrationsforen in Würzburg und Schweinfurt .....	7
Verbesserung der Lebensqualität pflegebedürftiger Heimbewohner .....	8
Verantwortung und Sorge für Flüchtlinge .....	10
<b>WIRTSCHAFT, LANDESENTWICKLUNG UND VERKEHR</b>	
Stärkung des Forschungsstandorts Unterfranken durch innovative Hochleistungswerkstoffe .....	11
Radwege in Unterfranken.....	12
Freier Wettbewerb auf dem Energiemarkt .....	13
Alt gegen Neu – Zuschüsse für einen modernen ÖPNV .....	14
Die Förderung des Breitbandzugangs in Unterfranken.....	15
<b>PLANUNG UND BAU</b>	
Bauen für den Doppelabiturjahrgang 2011.....	16
Mainbrücken in Unterfranken .....	17
Sechsstreifiger Ausbau der Bundesautobahn A 3 auf Erfolgskurs .....	18
Bayerische Klimaallianz .....	19
Revitalisierung von Stadt- und Ortskernen .....	20
Weinkulturhaus Markt Bürgstadt am Main.....	21
<b>SCHULEN</b>	
Start der unterfränkischen Dialogforen – auf dem Weg zur Bayerischen Mittelschule .....	22
„HYPHKA – Ideen für Europa“ .....	23
Verhaltensauffälligkeiten im Schulalltag kompetent begegnen.....	24
Was Museumsleute wissen sollten .....	25
Kultusministerium belohnt bayerische „Elitehauptschüler“ .....	26
<b>UMWELT, GESUNDHEIT UND VERBRAUCHERSCHUTZ</b>	
EU-Zulassung von Betrieben .....	27
Ein Wasserschatz für Kindergärten.....	28
Artenvielfalt live erleben.....	29
Umwelt- und Gesundheitstag Unterfranken .....	30
Im „Jahr der Biosphärenreservate“ – die Rhön ganz vorne mit dabei! .....	31
<b>GEWERBEAUF SICHTSAMT</b>	
Gefährliche Himmelslaternen.....	32
Flüssiggas – die mobile Energie .....	33
Dachhaie.....	34
Fingernagelkleber unter der chemischen Lupe .....	35
<b>ORGANISATIONSPLAN</b> .....	36
<b>IMPRESSUM</b> .....	37



Liebe Leserin, lieber Leser,

schon wieder ist ein Jahr vergangen. Ein Jahr, das durch zwei Themen besonders geprägt wurde: Zum einen durch die Auswirkungen der weltweiten Finanzkrise und zum anderen durch die Feierlichkeiten zum Mauerfall vor 20 Jahren. Mauerfall und die anschließende Wiedervereinigung erfüllen uns nach wie vor mit großer Freude – waren wir doch in Unterfranken durch die Zonenrandlage in besonderer Weise von der Teilung Deutschlands betroffen.

Engagement, Ideenreichtum und Visionen, Entscheidungsfreude und Mut sind wichtige Voraussetzungen für gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Fortschritt und Wohlstand. Gerade in finanziell und wirtschaftlich angespannten Zeiten bedarf es daher vieler Akteure, die Initiative ergreifen und den Blick mit Tatkraft und Optimismus in die Zukunft richten. Hier sehe ich Unterfranken gut aufgestellt. Gibt es doch – wie ich bei meinen zahlreichen Begegnungen immer wieder erfahre – viele Verantwortliche, die mit Kreativität und unternehmerischer Unerschrockenheit sich erfolgreich der Zukunft stellen.

Im Jahr 2009 standen gerade die Bezirksregierungen vor besonderen Herausforderungen. Dabei haben wir – und da schließe ich die Kommunen, Kammern, Verbände, aber auch die Universität, die Fachhochschulen und übrigen Bildungseinrichtungen ausdrücklich mit ein – viel für die Zukunft unserer Heimat erreicht.

Mit dem Konjunkturpaket II des Bundes, ergänzt um weitere Mittel des Freistaates Bayern, konnten in Unterfranken rund 300 zusätzliche Bauvorhaben mit über 134 Millionen Euro staatlicher Fördersumme angestoßen werden. Vor allem im Bereich der energetischen Sanierung von Schulen, Kindertageseinrichtungen und sonstiger kommunaler Infrastruktur sind viele Projekte aktuell in Bau oder bereits abgeschlossen – ein wichtiger Beitrag für die Zukunftsfähigkeit unseres Regierungsbezirks.

Als wahres Rekordjahr stellte sich das Jahr 2009 bei den straßenrechtlichen Planfeststellungsverfahren heraus. Acht „dicke“ Planfeststellungsbeschlüsse und damit geschaffenes Baurecht mit einem Volumen von rund 350 Millionen Euro sind dafür ein sichtbares Zeichen. So wurde unter anderem für den für Unterfranken sehr wichtigen 6-streifigen Ausbau der A3 nunmehr auf der Gesamtstrecke von Aschaffenburg bis Biebelried durchgängig Baurecht geschaffen.

Bei den Ausbauten der Fachhochschulen Aschaffenburg und Würzburg-Schweinfurt, aber auch beim Ausbau der Universität Würzburg sind wir ebenfalls ein beachtliches Stück vorangekommen. Ziel ist es, Unterfranken über die Herausforderungen durch den Doppelabiturjahrgang 2011 hinaus als Hochschulstandort noch attraktiver zu machen. Hier tun sich gerade am Standort Würzburg durch die Flächen der



ehemaligen Leighton Barracks einmalige Möglichkeiten auf, die es weiter zu nutzen gilt. So weisen die derzeitigen bauamtlichen Prognosen ab dem Jahr 2010 allein für die Universität Würzburg einschließlich der Universitätskliniken ein weiterführendes Investitionsvolumen von rund 165 Millionen Euro auf.

Den aktuell steigenden Studentenzahlen stehen auf der anderen Seite die bereits seit Jahren sinkenden Schülerzahlen im Volksschulbereich gegenüber. Eine Entwicklung, die die unterfränkische Schulverwaltung vor immer größer werdende Herausforderungen stellt. Gilt es doch gerade im Volksschulbereich möglichst viele ortsnahe Schulstandorte mit einem möglichst optimalen Ausbildungsstandard zu erhalten. Kooperationsmodelle etwa in der Form von Schulverbänden können hier eine Lösung sein. Dazu bietet das Konzept der neuen „Mittelschule“ als Angebot auch qualitativ viele Möglichkeiten, die es auf der Basis der durchgeführten Dialogforen jetzt aktiv umzusetzen gilt.

Die anstehenden demografischen Veränderungen, die uns in den nächsten Jahren und Jahrzehnten unweigerlich erreichen werden, können nur gemeinsam und solidarisch bewältigt werden. Eine Entwicklung, die auch die Regierungen im Sinne eines vorausschauenden Handelns auf vielen Gebieten zunehmend beschäftigt. Ich bin mir sicher: Wir werden auch diese Herausforderung gemeinsam annehmen und positiv begleiten.

Liebe Leserin, lieber Leser,

ich hoffe, dass wir mit der Auswahl an Themen des Jahres 2009 in diesem Jahresblick auf Ihr Interesse stoßen. Sie stellen einen kleinen Querschnitt unseres breiten Aufgabenspektrums dar. Selbstverständlich stehen Ihnen meine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für Rückfragen unter den angegebenen Kontaktdaten auch gerne persönlich wieder zur Verfügung.

A handwritten signature in blue ink, appearing to read 'Paul Beinhofer'.

Dr. Paul Beinhofer  
Regierungspräsident  
von Unterfranken





## Konjunkturpaket II

Schnelle und effektive Umsetzung durch die Regierungen

Zu den größten Herausforderungen, nicht nur der Regierung von Unterfranken, sondern aller Bayerischen Bezirksregierungen im Jahr 2009 zählte sicherlich die Bewältigung des Konjunkturprogramms II des Bundes. Waren es doch im Wesentlichen die Bezirksregierungen, die innerhalb kürzester Zeit die Umsetzung der damit verbundenen zahlreichen Förderprogramme zu gewährleisten hatten.

Mit bayernweit zusätzlich 1,96 Milliarden Euro, davon rund 570 Millionen für staatliche Maßnahmen und rund 1,39 Milliarden Euro für kommunale Bildung und Infrastruktur sollte ein kräftiger Anschlag zur Stützung der Wirtschaft und zum Erhalt von Arbeitsplätzen gegeben werden. Die Mittel wurden auf die Regierungsbezirke nach einem Schlüssel verteilt, der zu 75% die Einwohnerzahl und zu 25% die Finanzkraft zugrunde



*Hatten bis Ende April 2009 eine wahre Antragsflut zu erfassen, die Mitarbeiterinnen der Geschäftsstelle zum Konjunkturpaket II der Regierung von Unterfranken. Waren doch bis zum endgültigen Anmeldeschluss Ende April insgesamt 913 Bewerbungen zu erfassen.*

legte. Für Unterfranken bedeutete dies rund 134 Millionen Euro an zusätzlichen staatlichen Fördermitteln, wovon rund 87,8 Millionen Euro auf die energetische Modernisierung kommunaler Bildungseinrichtungen und Verwaltungsgebäude (einschließlich privater und kirchlicher Schulen) entfielen.

Die Auswahl der Förderprojekte war keine leichte Aufgabe für die Regierung von Unterfranken und den bei der Regierung von Unterfranken gebildeten Beirat.

Zur Erinnerung: Der Startschuss durch die Bayerische Staatsregierung erfolgte Mitte Februar 2009. Am 13. Februar 2009 wurden die Unterfränkischen Kommunalvertreter in der Würzburger Residenz persönlich durch Staatsminister Siegfried Schneider informiert. Nachdem Anfang März 2009 dann die wesentlichen Förderrichtlinien und Förderbekanntmachungen feststanden, gingen ab diesem Zeitpunkt bis Ende April 2009 insgesamt 913 Bewerbungen zur Verteilung der unterfränkischen Mittel mit einem geschätzten Antragsvolumen von rund 665 Millionen Euro ein. Davon betrafen allein 731 Bewerbungen die Förderprogramme zur energetischen Sanierung von Schulen, Kindertageseinrichtungen und kommunalen Verwaltungsgebäuden, was einem Antragsvolumen von rund 500 Millionen Euro entsprach.



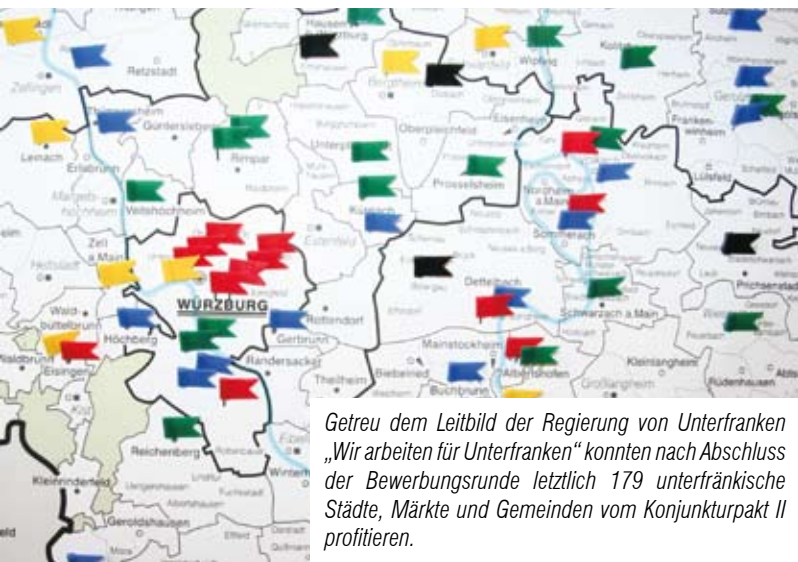
*Staatsminister Siegfried Schneider erläuterte am 13. Februar 2009 in der Würzburger Residenz im Beisein der Vertreter der kommunalen Spitzenverbände Unterfrankens die Umsetzung des Konjunkturpakets II (v.l.n.r.: 1. Bürgermeister Joachim Bieber, Oberbürgermeister Georg Rosenthal, Landrat Roland Schwing, Staatsminister Siegfried Schneider, Regierungspräsident Dr. Paul Beinhofer, 1. Bürgermeister Josef Mend) ...*



*... was auch bei den zahlreich anwesenden unterfränkischen Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern auf reges Interesse stieß.*



*Im Rahmen einer 1. Beiratssitzung am 01. April 2009 unter Beteiligung der Vertreter der kommunalen Spitzenverbände, der Arbeitsgemeinschaft der Wohlfahrtsverbände, dem Amt für Ländliche Entwicklung und dem Zentrum Bayern Familie und Soziales wurden frühzeitig die unterfränkischen Verteilungskriterien festgelegt ...*



*Getreu dem Leitbild der Regierung von Unterfranken „Wir arbeiten für Unterfranken“ konnten nach Abschluss der Bewerbungsrunde letztlich 179 unterfränkische Städte, Märkte und Gemeinden vom Konjunkturpaket II profitieren.*

„Mir war eine frühzeitige Einbindung des bei der Regierung von Unterfranken gebildeten Beirats sehr wichtig, ebenso wie es mir auf eine gerechte und ausgewogene, möglichst auch breite Mittelverteilung in Unterfranken überhaupt angekommen ist. In diesem Sinne danke ich den Mitgliedern des Beirats für ihr Engagement und die konstruktive Zusammenarbeit bei der nicht immer leichten Auswahl der Projekte“, so Regierungspräsident Dr. Paul Beinhofer dann bei der Bekanntgabe der Ergebnisse zum unterfränkischen Bewerbungsverfahren schon am 05. Mai 2009. Bis zu diesem Zeitpunkt tagte der Beirat als beratendes Gremium insgesamt 4-mal, zuletzt Ende April. Vorgeschaltet war ein aufwendiges Verfahren zur verwaltungsmäßigen und technischen Prüfung der Projekte, beginnend mit der Zuordnung zu einem der 18 Förderschwerpunkte über die Bewertung nach einem Punkteschema bis hin zur Einplanung der Fördersummen unter Beachtung der mit dem Beirat abgestimmten regionalen Mittelverteilung. Die Zuständigkeit für die einzelnen Förderprogramme verteilte sich auf 7 Sachgebiete der Regierung von Unterfranken, zu denen weitere für die technische Prüfung und die organisatorische Unterstützung hinzugezogen wurden. Allein die kurzfristige Erstellung und Einrichtung einer transparenten, jederzeit abrufbaren EDV-Struktur stellte die Kolleginnen und Kollegen der Regierung vor große Herausforderungen. Um den kurzfristigen, aber immensen Anforderungen gerecht zu werden, wurde daher eigens eine Projektgruppe gebildet, in welcher bereichsübergreifend die verschiedenen Kompetenzen gebündelt wurden.

Das Ergebnis konnte sich dann durchaus sehen lassen. Einer möglichst breiten und gerechten Verteilung verpflichtet, konnten so schlussendlich weit mehr als die Hälfte der unterfränkischen Kommunen (58%) bzw. rund 300 Vorhabens-träger vom Konjunkturprogramm profitieren.

Johannes Hardenacke

Auf die energetische Sanierung der Bildungseinrichtungen in den Kommunen (Schulen, Kindertageseinrichtungen) und der kommunalen Infrastruktur (z.B. Rathäuser) entfielen dabei rund 200 ausgewählte Projekte in rund 48% der unterfränkischen Kommunen.

Nach Abschluss des Bewerbungsverfahrens und konkreter Antragstellung, die bis Ende Juli zu erfolgen hatte, begann dann die nicht mehr ganz so hektische, aber ebenso anspruchsvolle 2. Runde: Die Durchführung der eigentlichen Bewilligungsverfahren. Aber auch hier ging die Regierung zügig voran, waren doch bereits im Herbst 2009 alle im Bewerbungsverfahren erfolgreichen Projekte auch bewilligt.

Die erfolgreiche und zügige Umsetzung des Konjunkturpakets II durch die Bezirksregierungen blieb natürlich auch bei der Bayerischen Staatsregierung nicht unbemerkt. In einem Schreiben des Ministerpräsidenten Horst Seehofer vom 13. März 2009 heißt es wörtlich: ...“ Ich spreche Ihnen und Ihren Mitarbeitern, sowie den Mitgliedern der Beiräte meine Anerkennung und Dank für das effiziente und kompetente Verfahrens- und Projektmanagement bei der Entscheidungsfindung aus. Ihnen ist unter enger Einbindung der kommunalen Spitzenverbände, von kirchlichen und privaten Trägern ein sinnvoller Maßnahmenmix mit ausgewogener regionaler Verteilung gelungen.“ Oder wie Staatsminister Joachim Herrmann in seinem Dankeschreiben kurzum bemerkte, „Die Regierungen stell(t)en ihre Leistungskraft und fachliche Kompetenz erneut deutlich unter Beweis“.



*Freuten sich am 16. Juli 2009 gemeinsam bei der Übergabe der ersten Bewilligungsbescheide (von links nach rechts): Regierungspräsident Dr. Paul Beinhofer, 1. Bürgermeisterin Anita Feuerbach (Zell a. Main), 1. Bürgermeister Karl Wolf (Mainbernheim), 1. Bürgermeister Christoph Winkler (Zell a. Main), 2. Bürgermeister Alfred Konnerth (Mainbernheim), 2. Bürgermeister Peter Juks (Ochsenfurt), Kirchenpfleger Hubert Herbert (Katholische Kirchenstiftung Premich), 1. Bürgermeister Werner Englert (Heigenbrücken) und 1. Bürgermeister Peter Pfister (Waigolshausen). Mit dabei Abteilungsleiter Norbert Böhm, Bereichsleiter „Planung und Bau“ der Regierung von Unterfranken.*

### Kontakt

Tel.: 0931/380-1109

E-Mail: [pressestelle@reg-ufr.bayern.de](mailto:pressestelle@reg-ufr.bayern.de)



*... anhand derer das technische Prüfteam der Regierung von Unterfranken bis Ende April allein 731 Bewerbungen zur energetischen Sanierung von Schulen, Kindertageseinrichtungen und kommunalen Gebäuden prüfte und bewertete.*



# Ministerpräsident Horst Seehofer besucht Unterfranken

## Diskussion mit Jugendlichen, Schülern und Studenten im Großen Sitzungssaal

Am Freitag, 7. August 2009, war es endlich soweit. Ministerpräsident Horst Seehofer und Frau Karin besuchten den Regierungsbezirk Unterfranken. Nach umfangreichen Vorbereitungen stand Unterfranken mit einer breiten Palette von Themen auf dem Besuchsprogramm des Ministerpräsidenten. Eine Station des Ministerpräsidenten gleich zu Beginn des Besuchs: der Große Sitzungssaal der Regierung von Unterfranken mit einem Gespräch mit Schülerinnen und Schülern aller Schularten, Studenten sowie mit ehrenamtlich bei der Freiwilligen Feuerwehr oder bei anderen Hilfsorganisationen engagierten jungen Leuten.

Leighton-Areal über den dort geplanten Ausbau der Universität Würzburg. Bietet sich dort nach dem Abzug der US-Streitkräfte doch für die Würzburger Universität die einmalige Chance, ihre im Hinblick auf die steigenden Studierendenzahlen geplante Erweiterung in direkter räumlicher Nähe zum bestehenden Uni-Gelände zu realisieren und einen Hochschulcampus zu errichten.

Weitere Stationen des Besuchsprogramms waren die Stadt Dettelbach, Bad Kissingen, Arnstein und Schweinfurt. Im neuen Kultur- und Kommunikationszentrum Dettelbach kam der Ministerpräsident nach einer Begrüßung durch die Fränkische Weinkönigin Anna Saum mit Vertretern des Weinbauverbands, Winzern und Tourismusvertretern zusammen. Hier standen die Perspektiven des fränkischen Weinbaus und die Verbindung des Weinmarketings in Franken mit innovativen Formen des Tourismus im Mittelpunkt.

In der Arbeitsgemeinschaft Bäderland Bayerische Rhön haben sich die Landkreise Bad Kissingen und Rhön-Grabfeld mit ihren fünf Heilbädern Bad Bocklet, Bad Brückenau, Bad Kissingen, Bad Königshofen und Bad Neustadt/Saale zusammengeschlossen. So ging es in Bad Kissingen bei den Gesprächen mit Vertretern aus den Bereichen Gesundheit, Tourismus und Regionalmanagement gerade auch um die Zukunftschancen und aktuelle Herausforderungen für das Bäderland Bayerische Rhön.

Nach einem Besuch der Firma MIWE-Michael Wenz GmbH in Arnstein mit mehr wirtschaftlicher Ausrichtung und einem Besuch von Frau Karin Seehofer mit Frau Marianne Beinhofer in der Blindeninstitutsstiftung Würzburg rundete schließlich ein großer Bürgerempfang in Schweinfurt mit rund 700 Persönlichkeiten aus allen Bereichen des öffentlichen Lebens, vor allem vielen ehrenamtlich tätigen Bürgerinnen und Bürgern, das unterfränkische Besuchsprogramm ab.

Seehofer: „Das Ziel meines Besuchs in Unterfranken ist die unmittelbare Begegnung und das Gespräch mit den Menschen vor Ort. Ich will mir ein eigenes Bild über ihre Anregungen, Ideen und Probleme machen. Die Region ist ein starkes Stück Bayern und hat gute Zukunftsperspektiven.“

Gerade die Zukunftsperspektiven betreffen vornehmlich die jüngere Generation, weshalb die rund 50 eingeladenen jungen Menschen im Großen Sitzungssaal unter der Moderation von TV-Touring genügend Ansatzpunkte fanden, um mit dem Ministerpräsidenten und der Landtagspräsidentin Barbara Stamm eine rege Diskussion zu führen. Regierungspräsident Dr. Paul Beinhofer betonte bei seiner Begrüßung die vielfältigen besonderen Leistungen der jüngeren unterfränkischen Generation etwa bei schulischen Preisen und Auszeichnungen oder im ehrenamtlichen Bereich z.B. bei den Jugendfeuerwehren.

Nach dem Programmpunkt im Regierungsgebäude informierte sich Ministerpräsident Horst Seehofer sodann auf dem Würzburger



Auf dem Weg vom Präsidialflur in den Großen Sitzungssaal (von links nach rechts): Ministerpräsident Horst Seehofer, Landtagspräsidentin Barbara Stamm und Regierungspräsident Dr. Paul Beinhofer.

Kontakt  
Tel.: 0931/380-1109  
E-Mail: [pressestelle@reg-ufr.bayern.de](mailto:pressestelle@reg-ufr.bayern.de)



Autogrammträger und viele Begrüßungsinterviews bestimmten das Eintreffen des Bayerischen Ministerpräsidenten ...



... bevor sich der Große Sitzungssaal bei der Diskussion mit Jugendlichen und jungen Erwachsenen in eine Fernseh Bühne verwandelte und ...



... auch im Anschluss an die offizielle Diskussion noch zahlreiche Gelegenheiten bestand, sich untereinander auszutauschen.

Johannes Hardenacke

# Neue Wege in der Verwaltung

Zunehmend schneller vollziehen sich Änderungen in Organisationen und Strukturen. Verwaltungen müssen sich Anforderungen stellen, die heute nur noch mit Hilfe elektronischer Verwaltungsverfahren schnell und flexibel zu bewältigen sind. Mit „ELDORA“ und „VIVA-PRO“ liefen im Jahr 2009 bei der Regierung von Unterfranken zwei wichtige eGovernment-Projekte an. Damit wird der Ausbau einer leistungsfähigen, effizient arbeitenden Verwaltung kontinuierlich fortgesetzt.

## Regierung von Unterfranken beginnt Dokumentenmanagement

Am 29. Juni 2009 startete Regierungsvizepräsident Dr. Andreas Metschke für das Verwaltungsmanagement der Regierung von Unterfranken die Einführung der elektronischen Dokumentenbearbeitung. Als Piloten testeten die Sachgebiete Z1 „Organisation, IuK“ und 41 „Förderschulen“ die Funktionalitäten des Dokumentenmanagementsystems ELDORA (ELEktronische DOKumentebearbeitung mit Recherche und Aktenverwaltung), ehe zeitlich gestaffelt weitere Sachgebiete einbezogen werden.

Mit dem elektronischen Dokumentenmanagement- und Vorgangsbearbeitungssystem (DMS) wird die gesamte IT-Infrastruktur aufeinander abgestimmt und optimiert, so dass eine medienbruchfreie Bearbeitung von Verfahren ermöglicht wird. Damit führt die Regierung von Unterfranken ein strukturiertes Ablage- und Verwaltungswerkzeug für Dokumente jeglicher Art ein, das auch die elektronische Vorgangsbearbeitung umfasst. Das DMS wird die bisherige papiergebundene Bearbeitung ablösen und auf diese Weise die Schriftstücke elektronisch orts- und zeitunabhängig kontinuierlich verfügbar machen.

Wolfgang Röder  
Wie bisher erhalten die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Regierung von Unterfranken die tägliche Post – nunmehr eingescannt direkt auf den Bildschirm. Sichtvermerke, die Bearbeitung in Form von Stellungnahmen, die Weitergabe, die Schlusszeichnung dienstlicher Schreiben und gegebenenfalls der Versand erfolgen künftig digital innerhalb des Systems. Auf diese Weise kann die Bearbeitung von Anträgen und Vorhaben künftig weiter beschleunigt werden.



*Regierungsvizepräsident Dr. Andreas Metschke gibt in Anwesenheit des Projektleiters Wolfgang Röder den Startschuss zum Echtbetrieb des DMS.*

## VIVA-PRO das neue Personal- und Stellenverwaltungssystem

Am 09. Mai 2005 hat der Ministerrat beschlossen, bis Mitte 2009 in der staatlichen Verwaltung einheitlich die auf der Grundlage des Systems SAP-HR vom Bayerischen Staatsministerium der Finanzen entwickelte Basiskomponente VIVA für die Unterstützung der Beschäftigungsdienststellen und der Personal- und Stellenverwaltungen (mit Integration von Bezügeabrechnung sowie Kosten- und Leistungsrechnung) einzusetzen. Dieses erweiterte Projekt ist unter der Bezeichnung „VIVA-PRO“ bekannt und löst das im Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums des Innern bisher eingeführte Personalverwaltungssystem DIAPERS (Dialogorientiertes Personal- und Stellenverwaltungssystem) ab.

Das neue Personal- und Stellenverwaltungssystem VIVA-PRO soll im Vergleich zu DIAPERS die Integration unterschiedlicher Funktionen (Bezüge-, Personal- und Stellenverwaltung) sicherstellen, die technische Zukunftsfähigkeit durch die vorgegebene Integration weiterer Funktionen sichern und den künftigen Aufwand durch Standardisierung minimieren.

Der Produktivstart von VIVA-PRO ist für den Zuständigkeitsbereich der Regierung von Unterfranken mit Ausnahme des Personals des Bayerischen Staatsministeriums für Unterricht und Kultus am 18. Mai 2009 erfolgt.

Dr. Gernot Janke

### Kontakt

Tel.: 0931/380-1122

E-Mail: [organisation@reg-ufr.bayern.de](mailto:organisation@reg-ufr.bayern.de)



# Stabsrahmenübung für das Kernkraftwerk Grafenrheinfeld

## Alarm- und Einsatzplanung wurde überprüft

Am Mittwoch, 1. Juli 2009, fand in der Regierung von Unterfranken die Stabsrahmenübung „Kernkraftwerk Grafenrheinfeld 2009“ (KKG 2009) für die Umgebung kerntechnischer Anlagen im Rahmen des nuklearen Katastrophenschutzes statt. Nach den bestehenden Richtlinien werden solche Übungen im dreijährigen Turnus durchgeführt.

Ohne den tatsächlichen Einsatz von Hilfsorganisationen und sonstigen Katastrophenschutz-Einheiten vor Ort wurden von den Führungsstäben der betroffenen Behörden und Dienststellen in einem Übungsfall als Stabsrahmenübung die Alarm- und Meldewege sowie das koordinierte Zusammenwirken aller Beteiligten durchgespielt. An der Übung wirkten neben der Stadt Schweinfurt die Landratsämter Schweinfurt, Rhön-Grabfeld und Kitzingen mit. Außerdem nahmen an der Übung das Bayer. Landesamt für Umwelt, das Polizeipräsidium Unterfranken, Vertreter des Kernkraftwerkes Grafenrheinfeld und der Hilfsorganisationen, das Bezirksverbindungskommando der Bundeswehr, die Wasser- und Schifffahrtsdirektion Süd sowie die Deutsche Bahn AG teil.

Übungsziel waren einerseits die Erprobung und Überprüfung der für das Kernkraftwerk Grafenrheinfeld erarbeiteten Alarm- und Einsatzpläne, andererseits sollten aber vor allem auch die verschiedenen Kommunikationswege und -mittel getestet werden.

Bei der Stabsrahmenübung wurde das EDV-System EPSweb (webbasiertes Einsatz-Protokoll-System) eingesetzt. Diese Anwendung wurde sowohl zur Protokollierung des Einsatzes als auch für die Steuerung des Einsatzablaufes in der Führungsgruppe Katastrophenschutz verwendet. Durch die in der Zwischenzeit im Zuge der bayernweiten Pilotierung dieses Systems ab 1. September 2008 durchgeführten Schulungen waren alle Übungsteilnehmer damit vertraut. Auch die Fachberater und Verbindungsbeamten nutzen das System. So war die schnelle gleichmäßige Verbreitung aller einsatzrelevanten Informationen sichergestellt. Das

EDV-System EPSweb hat sich auch bei dieser Katastrophenschutzübung bewährt.



Regierungspräsident Dr. Paul Beinhofer (links) verschaffte sich, erläutert durch den Einsatzleiter der Führungsgruppe Katastrophenschutz bei der Regierung von Unterfranken, Leitenden Regierungsdirektor Michael Bauch (rechts), regelmäßig einen Überblick über die aktuelle Lage.

Zusätzlich zu EPSweb war die Möglichkeit zum Austausch verschlüsselter E-Mails zwischen Behörden und Dienststellen des Freistaats Bayern eingerichtet worden.

Im Rahmen der Übung wurde auch die Einrichtung eines Bürgertelefons erprobt.

Der Stabsrahmenübung lag ein hypothetischer Unfall in der kerntechnischen Anlage mit einer geringen Freisetzung radioaktiver Stoffe in die unmittelbare Umgebung zugrunde. Die Gesamtleitung bei der Stabsrahmenübung hatten das Bayerische Innen- und das Bayerische Umweltministerium zusammen mit der Führungsgruppe Katastrophenschutz der Regierung von Unterfranken. Die Übung wurde mit Erfolg und zur Zufriedenheit aller beteiligten Behörden durchgeführt.

Auch konnten interessierte Gäste in großer Zahl begrüßt werden. Diese informierten sich im Rahmen des Besucherprogramms über das Übungsgeschehen und besuchten das Kernkraftwerk Grafenrheinfeld.

Kontakt  
Tel.: 0931/380-1704  
E-Mail: [katastrophenschutz@reg-ufr.bayern.de](mailto:katastrophenschutz@reg-ufr.bayern.de)

Dieter Töpfer



Einblicke in den Arbeitsbetrieb der Führungsgruppe Katastrophenschutz bei der Regierung von Unterfranken.



Lagebesprechung mit Regierungsvizepräsident Dr. Andreas Metschke im Lagebesprechungsraum.





# Unterfränkische Integrationsforen in Würzburg und Schweinfurt

## Verleihung des Unterfränkischen Integrationspreises 2009

Die Integration unserer ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürger, Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler ist eine Aufgabe von hoher Bedeutung für unsere Gesellschaft. Die Unterstützung und der Erfahrungsaustausch von Personen, die sich dieser Aufgabe widmen, sind dabei ein zentrales Anliegen der Regierung von Unterfranken.

Grund genug, sich im Jahr 2009 im Rahmen zweier Integrationsforen diesem wichtigen Thema zu widmen. Das Integrationsforum am 21. Juli 2009 in Würzburg-Heuchelhof stand insoweit unter dem Motto: „Miteinander wohnen und leben sta(d)tt nebeneinander – 10 Jahre Soziale Stadt – Würzburg H eins“. Das Integrationsforum am 12.11.2009 in der Albert-Schweitzer Schule in Schweinfurt-Bergl forderte zum Mitmachen nach dem Motto auf: „Misch mit“.

### Städtebauförderung „Soziale Stadt“

Der Würzburger Stadtteil Heuchelhof mit einem 50%-igen Anteil von Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedlern gehörte von Anfang an zu den geförderten Quartieren des Bund-Länder-Städtebauförderungsprogramms „Soziale Stadt“. Die Stadt Würzburg hat die Chancen des Programms frühzeitig erkannt und wurde im Jahr 1999 als erstes „Soziale Stadt-Gebiet“ in Unterfranken mit dem Bereich H eins im Würzburger Stadtteil Heuchelhof in das Förderprogramm aufgenommen. Die intensive Arbeit der Stadt hat sich ausgezahlt, hob Regierungspräsident Dr. Paul Beinhofer anlässlich des doppelten 10-jährigen Jubiläums hervor und stellte fest, nicht nur in Würzburg, sondern in ganz Unterfranken sind wir in Sachen Integration auf einem guten Weg.

### Misch mit! – Vielfalt gemeinsam gestalten

In der Albert-Schweitzer Schule in Schweinfurt betonte der Regierungspräsident die Bedeutung der Grund- und Hauptschulen als Bildungseinrichtung. Sie spiegeln unsere sich verändernde, unsere bunter werdende Gesellschaft zunehmend wider. In manchen Klassen haben über 30% der Kinder einen Zuwanderungshintergrund. Schweinfurt, so Beinhofer, sei eine richtige Adresse für das Unterfränkische

*Schülerchor der Albert-Schweitzer Grundschule. Die Mehrheit der Kinder hat ihre Wurzeln in anderen Ländern. Aus welchen Ländern sie stammen, verrieten sie mit dem bekannten Kinderlied „Meister Jakob“, das so gut wie in allen Ländern gesungen wird.*

Integrationsforum „Misch mit“, da die Stadt Schweinfurt mit dem Projekt „Gerne daheim in Schweinfurt“ schon vor Jahren einen Meilenstein für die Integrationsarbeit gesetzt habe. Im rund 9.500 Einwohner fassenden Stadtteil Bergl, dem größten Schweinfurts, leben zu einem Drittel Menschen mit einer Zuwanderungsgeschichte.

Eine große Zahl interkultureller Gruppen gestaltete das Rahmenprogramm der beiden Integrationsforen und präsentierte damit gelebte Integration und kulturelle Vielfalt.

### Zweiter Unterfränkischer Integrationspreis

Bei der Veranstaltung in Schweinfurt hat Regierungspräsident Dr. Paul Beinhofer dann auch die Unterfränkischen Integrationspreise 2009 verliehen. Das Preisgeld von insgesamt 5000 Euro für die drei Preisträger wird vom Bayerischen Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen zur Verfügung gestellt.

Die Mozart-Volksschule Elsenfeld hat den mit 2.500 Euro dotierten 1. Preis erhalten. Die Grundschule ist eine interkulturelle Schule und verfügt über ein gut ausgebautes Integrationsnetzwerk. Die Grundschule besuchen ca. 35% Schüler mit Migrationshintergrund. Sie ist ein Ort, an dem vielfältige ehrenamtliche Tätigkeiten zusammengeführt werden. Hier findet die Vernetzung statt. Den 2. Preis mit 1.500 Euro bekam das Boxteam Tommy Würzburg, in dessen Trainingsgruppen der Migrantenanteil überwiegt.

Mit 1.000 Euro ging der 3. Preis an den Stadtjugendring Würzburg für das Integrationsprojekt „emPOWERment“. Über den Sonderpreis des Regierungspräsidenten in Höhe von 800 Euro freute sich der Evangelische Frauenbund Schweinfurt, der den Preis für das langjährige und nachhaltige Integrationsengagement, insbesondere seiner Vorsitzenden Heike Gröner, erhielt.

*Städtischer Kindergarten Heuchelhof „Die Schlaumäuse“ mit dem Würzburglied.*



*Stein auf Stein „Soziale Stadt“ und bei der unterfränkischen Integrationsarbeit, hier am Würzburger Heuchelhof.*

Kontakt  
Tel.: 0931/380-1093  
E-Mail: [info@reg-ufr.bayern.de](mailto:info@reg-ufr.bayern.de)

Detlef Ziga



# Verbesserung der Lebensqualität pflegebedürftiger Heimbewohner

In Unterfranken gibt es zurzeit 156 Einrichtungen der stationären Altenhilfe. In diesen werden 13.525 Heimplätze angeboten, davon sind 11.821 Pflegeplätze. Rund ein Viertel der pflegebedürftigen Heimbewohner sind Schwerstpflegebedürftige und bei der Körperpflege, der Ernährung oder der Mobilität täglich rund um die Uhr auf Hilfe angewiesen. Diese Einrichtungen unterliegen der Überwachung der Kreisverwaltungsbehörden. Als Aufsichtsbehörde liegt der Regierung von Unterfranken insbesondere die Schulung und Fortbildung der für den Vollzug dieser Aufgabe zuständigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Kreisverwaltungsbehörden aber auch des in den Einrichtungen beschäftigten Personals am Herzen.

Um Heimleiter und Pflegekräfte zu sensibilisieren und Alternativen zu Freiheitsentziehenden Maßnahmen aufzuzeigen, führte die Regierung von Unterfranken am 28.04.2009 eine Informationsveranstaltung für diesen Personenkreis durch. Hierzu konnte als Referentin Frau Prof. Dr. Doris Bredthauer gewonnen werden, die an dem Modellprojekt „ReduFix“ mitgewirkt hatte, das sich mit Alternativen zu Fixierungsmaßnahmen in der Altenpflege befasst. Sie führte aus, dass positive Folgen von Fixierungen nicht belegt seien. Studien hätten dagegen gezeigt, dass Verletzungen während einer Fixierung viel schwerwiegender sein können als ohne Fixierung, wenn z.B. Bewohner versuchen über das Bettgitter zu steigen, festgebunden im Stuhl stürzen oder sich in den Gurten verfangen. Dabei können sie sich so unglücklich verheddern, dass sie sich strangulieren. Frau Prof. Dr. Bredthauer plädierte dafür, Alternativen zu suchen. Hüftprotektoren und Knie-, Arm- und Kopfschoner schützen beim Sturz, rutschfeste Socken sind ideal zum Gehen. Warum nicht einen Gehwagen verwenden, wenn die Patienten damit ihren Bewegungsdrang ausleben können? Auch hilft es, die Biografie der betroffenen Person zu ergründen. Wer ein Leben lang Nachtschicht gearbeitet hat, ist es gewohnt, zu dieser Zeit nicht zu schlafen; daher sollte es ihm auch in seiner letzten Lebensphase ermöglicht werden, sich nachts auf der Station zu bewegen.



Foto: Pat Christ

Frau Prof. Dr. Bredthauer erläutert die nachteiligen Wirkungen von Fixierungen.

## Verantwortungsvoller Umfang mit Freiheitsentziehenden Maßnahmen

Zum Schutz von Bewohnern mit geronto-psychiatrischen Störungen, die jede Orientierung verloren haben, vor Stürzen und Verletzungen werden in den Heimen teilweise Bauchgurte zur Fixierung eingesetzt, Bettgitter angebracht oder eine Ruhigstellung mit Medikamenten vorgenommen. Diese Maßnahmen, die einer richterlichen Genehmigung bedürfen, stellen einen erheblichen Eingriff in die Selbstbestimmung und Selbständigkeit eines Betroffenen dar. Daher sollten sie auf das notwendige Maß beschränkt werden und immer das letzte Mittel sein.

## Bei Demenz gelassen reagieren

Am Welt-Alzheimerstag, dem 21.09.2009, veranstaltete die Regierung von Unterfranken gemeinsam mit dem Klinikum Main-Spessart mit seiner Senioreneinrichtung Marktheidenfeld und der Berufsfachschule für Altenpflege einen Projekttag zum Thema Demenz. Ziel der Veranstaltung war es, Pflegekräften und Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Fachbereiche Pflege- und Behinderteneinrichtungen der Kreisverwaltungsbehörden Informationen zu vermitteln, die es ermöglichen, sich in der Welt demenziell erkrankter Personen zurechtzufinden und diesen eine individuell abgestimmte Versorgung und Förderung zu ermöglichen.

Im Mittelpunkt stand das Referat von Erich Schützendorf, der sich u.a. an der Fachhochschule Niederrhein seit über 30 Jahren mit dem Thema Demenz befasst. Er verglich die Entwicklung der Demenz mit der Entwicklung von Kindern nur in umgekehrte Richtung. Statt immer mehr zu lernen, gehen immer mehr Fähigkeiten und Kenntnisse verloren. Nur mit dem Unterschied, dass





Foto: Pat Christ

*Auf Wunsch wird auch am Bett gekocht.*

das, was uns bei Kindern rührt, bei den Alten erschreckt. Er plädierte dafür, geduldig und abwartend auf das Verhalten der alten Menschen zu reagieren statt sie zu bevormunden. Auch Demente dürften spielerisch und zweckfrei ihre Umwelt entdecken, wie etwa Brille putzen mit einer Scheibe Wurst, Schminken mit Schokolade oder das Zerreißen der Zeitung, wenn Lesen nicht mehr möglich ist. Das sind Versuche, die Welt zu begreifen statt sie zu verstehen. Schützendorf plädierte dafür, auch einen Dementen das tun zu lassen, was er gerne will. Wenn die Sprache als Grundkommunikationsmittel nicht mehr funktioniert, dann müssten Blicke, Berührungen und Gesten sie ersetzen.

Claus Füsseck, der sich seit ca. 30 Jahren mit den Missständen bzw. Lebens- und Arbeitsbedingungen in der häuslichen und stationären Pflege beschäftigt, forderte einen offenen Umgang mit den Defiziten in Pflegeheimen und bei pflegenden Kollegen. Man dürfe es nicht hinnehmen, dass es an Geld, Personal und Kompetenz in der Pflege fehle. Er kritisierte, dass der ständige Gang mit dem Dementen zur Toilette durch das Anlegen von Windeln und das zeitintensive Füttern durch das Legen von Magensonden ersetzt werde.

In Arbeitsgruppen erhielten die Teilnehmer Anregungen, wie Demenzkranke so beschäftigt werden können, dass vorhandene Fähigkeiten möglichst lange erhalten bleiben. Ferner gab es Informationen über das Krankheitsbild Demenz, Tipps für eine dem Krankheitsbild gerechte Einrichtung und Ausstattung der Heime und Hinweise zum Umgang mit dementen Kranken.

Reinhold Kuhn

Kontakt  
 Tel.: 0931/380-1063  
 E-Mail: soziales@reg-ufr.bayern.de

# Verantwortung und Sorge für Flüchtlinge

Die in den vergangenen Jahren rückläufige Zuwanderung von Menschen aus Drittstaaten nach Deutschland nimmt seit zwei Jahren wieder zu. 2008 kamen über 22.000 Flüchtlinge nach Deutschland und damit 15,2% mehr als im Jahr 2007. Die Zahl der Flüchtlinge lag 2009 mit 27.649 Personen nochmals deutlich höher (25,2%) als 2008. Bis dahin kamen seit 1993 jedes Jahr – bis auf eine Ausnahme im Jahr 2001 – weniger Flüchtlinge in die Bundesrepublik Deutschland.

## Die große Mehrzahl kann kein dauerhaftes Aufenthaltsrecht bekommen

Die Versorgung und Betreuung dieser Menschen stellt den Staat vor große Herausforderungen und verlangt erhebliche Anstrengungen. Waren es Anfang der 90er Jahre die hohen Zugangszahlen mit über 430.000 Antragstellern im Jahr 1992, so sind es heute diejenigen Schutzsuchenden, die schon lange in Deutschland leben, aber nichts desto weniger bisher kein dauerhaftes Aufenthaltsrecht hier erwerben konnten. Darunter sind auch Familien, häufig große Familien, deren Kinder überwiegend in Deutschland geboren sind. Maßgeblich dafür sind die ausländerrechtlichen Vorschriften, die entscheidende Auswirkung auf die Unterbringungssituation der Antragsteller haben. Auch hier hat sich in jüngster Vergangenheit einiges entwickelt, so z.B. durch den Beschluss der Innenministerkonferenz der Länder und des Bundes im Jahr 2007 und in seiner Folge der Änderung des Aufenthaltsgesetzes im Jahr 2008, wodurch in bestimmten Fällen langer Aufenthaltsdauer in Deutschland ein Bleiberecht erworben werden kann. Für eine nicht unerhebliche Zahl von Flüchtlingen wurde damit eine Option auf ein Leben in Deutschland geschaffen. Erfüllen sie die Erwartungen und Anforderungen an Integrationsbereitschaft und Bemühung, ihren Lebensunterhalt selbst ohne

staatliche Hilfe zu bestreiten, können sie auf ein Bleiberecht hoffen. Die Verwirklichung der Bleiberechte und Bleibeoptionen und ihre Umsetzung stellen gewaltige Anforderungen an die Rahmenbedingungen für eine gelingende Integration: Das gilt einmal für die aufnehmende Gesellschaft wie aber gerade auch für die, die sich nach teilweise jahrelanger Unsicherheit und Verweis auf Reintegration in ihrem Heimatland nun in die deutsche Gesellschaft eingliedern sollen. Als abgelehnten Drittstaatsangehörigen fehlten ihnen bisher die Zugänge zu den relevanten Stellen und Institutionen, insbesondere auch zu staatlichen Sprach- und Integrationskursen.

## Vorrang des Sachleistungsprinzips

Erheblich größer ist aber die Zahl derjenigen, die kein Bleiberecht in Deutschland erhalten und die sich entweder noch als Asylbewerber im Verfahren befinden oder schon ihr Verfahren beendet haben und ausreisepflichtig sind. Sie haben zu einem großen Teil lediglich eine Duldung. Sie sind ausreisepflichtig und einige müssen mit ihrer Abschiebung rechnen. Dieser Personenkreis ist in Bayern verpflichtet, in Gemeinschaftsunterkünften zu leben. Gemeinschaftsunterkünfte sind Ausfluss des Sachleistungsprinzips des Asylbewerberleistungsgesetzes, das der Bundesgesetzgeber Anfang der 90er Jahre erlassen hat, um die Sozialleistungen für Flüchtlinge geringer als für die übrigen Sozialhilfeempfänger zu halten. Zu diesem Sachleistungsprinzip gehört nicht nur die Versorgung mit Wohnraum in Gemeinschaftsunterkünften, dazu gehört auch die Versorgung mit Lebensmitteln wie auch mit medizinischen Leistungen und Hygiene- und Reinigungsmitteln. Zusätzlich gibt es noch einen Barbetrag von 40,00 € für Erwachsene und 20,00 € für Kinder als „Taschengeld“ dazu.

## Weitere Steigerung der Wohnqualität

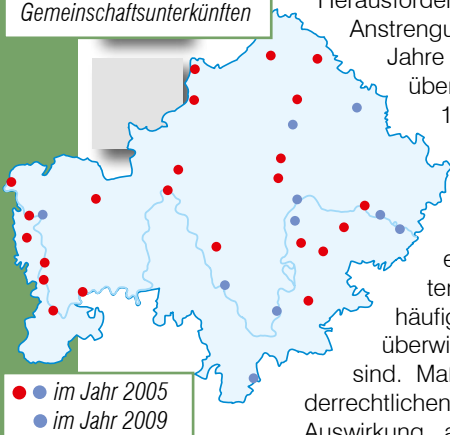
Angesichts langer Verfahrensdauern und der Pflicht vieler Flüchtlinge, in Gemeinschaftsunterkünften zu wohnen, werden dort auch künftig laufend Umbau- und Verbesserungsarbeiten durchgeführt werden, damit die Bewohner nach zeitgemäßen humanitären Maßstäben angemessen untergebracht sind. Insbesondere Gesundheit und sittliches Empfinden der Bewohner sind hohe Güter, die der Fürsorge und des Respekts der staatlichen Stellen bedürfen. Die Regierung von Unterfranken wird in ihrem Engagement für die angemessene Versorgung von Flüchtlingen und Schutzsuchenden im Rahmen der gesetzlichen und politischen Vorgaben auch in den kommenden Monaten und Jahren nicht nachlassen.

## Kontakt

Tel.: 0931/380-1187

E-Mail: soziales@reg-ufr.bayern.de

Standorte von Gemeinschaftsunterkünften



Gemeinschaftsunterkunft Würzburg, Blick auf zwei der vier Unterkunftsgebäude vom Kinderspielplatz aus.

Jahr	Zugang Personen Deutschland	Zugang Personen Bayern	Zugang Personen Unterfranken	Personen in unterfr. Gemeinschaftsunterkünften am 31.12.
2005	28.914	3.594	377	1.980
2006	21.029	2.948	273	1.667
2007	19.164	2.966	219	1.314
2008	22.085	3.389	277	1.196
2009	27.649	3.985	338	1.032



# Stärkung des Forschungsstandorts Unterfranken durch innovative Hochleistungswerkstoffe

Im Jahr 2009 hat die Regierung von Unterfranken im Rahmen einer Projektförderung mit Mitteln aus dem Programm Bayern FIT „FITness-Programm Nordbayern und Ostbayern“ einen herausragenden Erfolg bei der Stärkung des unterfränkischen Forschungsstandorts

Wissenschaft und Technik aufsetzen können. Auf der Basis des breiten Materialspektrums und der Verknüpfung von Material- und Anwendungstechnologien soll ein weltweit führendes Forschungszentrum entstehen, das sich auch auf internationalem Niveau messen kann.

Smart Materials werden in neuen, schnell wachsenden Technologien wie Sensorik, Dämpfungs- und Antriebstechnik und Strukturüberwachung Eingang finden, und damit künftig eine hohe wirtschaftliche Bedeutung für den Forschungs- und Industriestandort Deutschland gewinnen. CeSma arbeitet dabei intensiv in arbeitsteiliger Verknüpfung mit Hochschulen in Bayern – mit Schwerpunkt in Unterfranken – zusammen.

Das Vorhaben hat im Mai 2009 begonnen. Die Laufzeit beträgt fünf Jahre und das Gesamtvolumen des Projekts beläuft sich auf 5,7 Millionen Euro, gefördert mit 3 Millionen Euro.

Gisela Götz-Müller

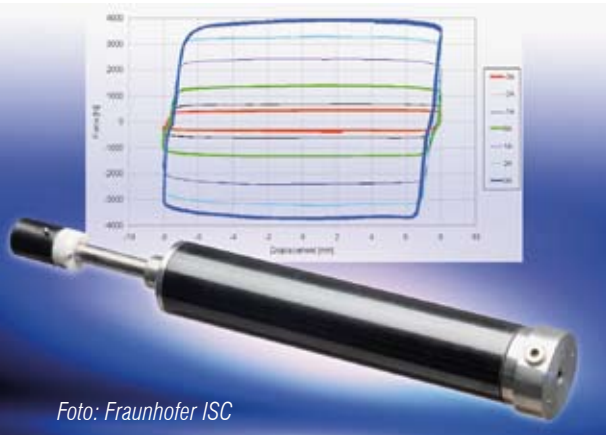


Foto: Fraunhofer ISC

Magnetorheologischer Dämpfer mit Fail-Safe-Charakteristik.

erzielt. Mit der Ansiedlung des Centers Smart Materials (CeSma) des Fraunhofer Instituts wurde dem Bestreben des Regierungspräsidenten Rechnung getragen, Unterfranken zu einem innovativen und führenden Forschungsstandort in Deutschland auszubauen.

Das Center Smart Materials erforscht neue innovative, steuerbare (smarte) Hochleistungswerkstoffe. Bestehende Materialien werden verbessert und neu entwickelt, um daraus anwendungsnahe, prüffähige Laborprototypen für technologisch anspruchsvolle Industrieanwendungen zu entwickeln. Das hieraus gewonnene Know-how wird systematisch geschützt, um die spätere Verwertung der Ergebnisse zu gewährleisten.

Der Schwerpunkt von CeSma ist die Umsetzung von Produktideen mit bevorzugt bayerischen Firmen, die durch die geförderte Grundlagenentwicklung immer auf dem neuesten Stand von

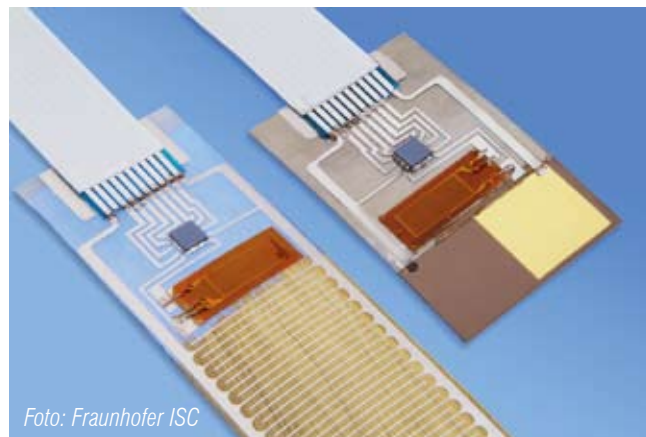


Foto: Fraunhofer ISC

Piezoelektrische Ultraschallwandler für die Strukturüberwachung, Sensorik und Energy Harvesting.



Foto: Fraunhofer ISC

Labor demonstrierend für eine magnetorheologische Kupplung.

## Kontakt

Tel.: 0931/380-1225

E-Mail: [wirtschaft.landeseentwicklung.verkehr@reg-ufr.bayern.de](mailto:wirtschaft.landeseentwicklung.verkehr@reg-ufr.bayern.de)

# Radwege in Unterfranken

## Überörtliche Radwege in Unterfranken:

- 3 Länder-Radweg
- Aalbach-Radweg
- Brendtal-Radweg
- Gaubahn-Radwanderweg
- Kahltal-Spessart-Radwanderweg
- Main-Radweg
- Main-Steigerwald-Radwanderweg
- Main-Werra-Radwanderweg
- Meiningen-Haßfurt
- Radfernweg Rhön-Sinntal
- Radwanderweg Fränkische Saale
- Romantische Straße
- Vom Main zur Aisch
- Wern-Radweg

Mit dem „Bayernnetz für Radler“ startete die Oberste Baubehörde 1997 gemeinsam mit der Landesentwicklung ein Projekt zur Schaffung eines bayernweiten Fernradwegenetzes. In Zusammenarbeit mit den Regierungen, Landkreisen und Gemeinden wurde auf der Grundlage bestehender Radwege ein landesweit einheitliches Netz von verkehrssicheren und familiengerechten Fernradwegen erstellt. Hohe Qualitätsstandards machen das „Bayernnetz für Radler“ zusätzlich attraktiv. Es überzeugt durch eine klare, einheitliche Beschilderung und durch

Wegweiser für den  
Main-Radweg.



Kontakt

Tel.: 0931/360-1387

E-Mail: [wirtschaft.landeseentwicklung.verkehr@reg-ufr.bayern.de](mailto:wirtschaft.landeseentwicklung.verkehr@reg-ufr.bayern.de)

die familiengerechte Gestaltung der Radwege und der Infrastruktur. Zudem werden viele der Radwege von freiwilligen Arbeitsgemeinschaften betreut und vermarktet.

Im Februar 2009 ist mittlerweile die siebte Auflage der Radwanderkarte „Bayernnetz für Radler“ erschienen. 116 Routen auf einer Gesamtlänge von rund 8 700 Kilometern laden ein, Bayern auf dem Rad zu entdecken. Im Foyer der Regierung von Unterfranken wurden alleine seit Februar 2009 kostenlos über 5.000 Exemplare an interessierte Radfahrer verteilt.

Einer der Premium-Radwege dieses Netzes durchzieht Unterfranken: der Main-Radweg. In bester Ausbauqualität und mit hervorragender Wegweisung begleitet er den Main durch den gesamten Regierungsbezirk. Aus kleinen Anfängen – initiiert und finanziert von der regionalen Kommunalpolitik und Verwaltung – schon in den siebziger Jahren entstanden, hat es der Main-Radweg mittlerweile zum ersten Fünf-Sterne-Radweg Deutschlands gebracht.

Das „Bayernnetz für Radler“ ist auch im Internet vertreten. Unter <http://www.bayerninfo.de> sind aktuelle Informationen zu allem, was den Radler interessiert mit über 2.500 Links als Serviceangebot abrufbar.

Uwe Golsch

## Zuständigkeiten beim Bayernnetz für Radler:

- Ministerien: Gesamtkoordination, Grundsatzentscheidungen, Aufnahme neuer Wege
- Regierungen: Koordination auf Regierungsbezirks-Ebene, Abstimmung mit Kreisverwaltungsbehörden
- Kreisverwaltungsbehörden: Koordination auf Kreisebene, Abstimmung mit „Touristikkern“, Gemeinden, Staatlichen Bauämtern, Trägern (Arbeitsgemeinschaften)



Die Karte „Bayernnetz für Radler“ kann kostenfrei bezogen werden. Neben der Abholung im Foyer der Regierung von Unterfranken (Peterplatz 9, 97070 Würzburg) kann die Karte außerdem bestellt werden unter <http://www.bayerninfo.de>, E-Mail: [voegel@voegel.com](mailto:voegel@voegel.com), Faxnummer: 09466/1276 oder per Post bei Ernst Vögel GmbH, Kalvarienbergstraße 22, 93491 Stamsried. Überdies liegen die Karten auch bei Landratsämtern und Tourismusverbänden aus.



Aalbach-Radweg  
bei Waldbrunn.





# Freier Wettbewerb auf dem Energiemarkt

Das neue Energiewirtschaftsgesetz (EnWG 2005) hat sich unter anderem zum Ziel gesetzt, eine möglichst sichere und preisgünstige leistungsgebundene Versorgung der Allgemeinheit mit Elektrizität und Gas zu gewährleisten. Gerade Elektrizität muss sicher und bezahlbar bleiben, da es keine Alternativen gibt und Strom einerseits die zentrale Lebensader einer modernen Volkswirtschaft darstellt („Ohne Strom läuft nichts“), andererseits aber überhöhte Strompreise häufig ein negativer Standortfaktor sind und zahlreiche Arbeitsplätze im Inland bedrohen.

Wer als Händler Strom oder Gas anbietet, muss für die Nutzung der Transportwege (Leitungsnetze) bezahlen. Dies ist ein klarer Konkurrenznachteil. Ein überhöhtes sogenanntes Netznutzungsentgelt, das der Händler an den Netzbetreiber zahlen muss, ist damit das Nadelöhr zum Kunden. Daher ist die Schaffung eines wirksamen und unverfälschten Wettbewerbs die primäre Aufgabe der Regulierungsbehörden. So auch der Regulierungsbehörde bei der Regierung von Unterfranken, die sich aus den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Sachgebietes „Preisprüfung, Regulierung Strom- und Gasnetzentgelte“ zusammensetzt.

Am Ende steht die Vision eines Marktsystems, in dem die Preisgestaltung jedem Versorger freisteht, jeder Kunde aber die Wahl hat, zu einem günstigeren Anbieter zu wechseln. Ob und wann es auf dem Elektrizitäts- und Gasmarkt zu diesem „Idealzustand“ kommt, ist ungewiss.

## **Auf welche Weise soll diesem Ziel des freien Wettbewerbs näher gekommen werden?**

Zunächst haben die Regulierungsbehörden auf der Grundlage des neuen EnWG in den Jahren 2006 bis 2008 erstmals eine Überprüfung und Genehmigung der Netzentgelte im Strom- und Gasbereich vorgenommen. Dies führte zum Teil zu drastischen Senkungen der Netzentgelte und auch der Strompreise.

Ab dem 01.07.2007 wurde die staatliche Preisaufsicht über die gesamten Allgemeinen Stromtarife aufgegeben. Niedrigere Netznutzungsentgelte können seitdem nicht mehr zwangsweise in niedrigere Stromtarife umgesetzt werden.

Im Gasbereich gab es seit jeher keine staatliche Preisaufsicht. Hier gilt die sogenannte Ölpreisbindung.

Die gesetzlichen Instrumentarien setzen also hinsichtlich eines funktionierenden Wettbewerbs mit dem Ziel günstiger Preise voll auf die Regulierung des faktischen Monopols, der Netzentgelte. Durch das System kostenorientierter Netzentgelt-Genehmigungen haben die Regulierungsbehörden in den letzten Jahren die deutschen Stromnetzentgelte durchschnittlich um rund 14% nach unten korrigieren können. Die Zahl der Haushalte, die ihren Stromanbieter wechselten, stieg seitdem ständig.

Mit dem Beginn der Anreizregulierung der Strom- und Gasverteilnetze am 01.01.2009 ist das bisher bestehende Genehmigungserfordernis der Netzentgelte auf Kostenbasis entfallen. Den Netzbetreibern werden von den Regulierungsbehörden, ausgehend von der letzten Kostenprüfung, erstmals für das Kalenderjahr 2009 nach der Anreizregulierungsverordnung sogenannte Erlösobergrenzen, also kalenderjährliche Obergrenzen der zulässigen Gesamterlöse aus den Netzentgelten, vorgegeben. Vom Netzbetreiber sind dabei bestimmte Effizienzvorgaben zu beachten. Der Anreiz zur Effizienzsteigerung besteht darin, dass der Netzbetreiber sogar einen überdurchschnittlichen Gewinn erzielen kann, wenn es ihm gelingt, die Effizienzvorgaben zu übertreffen, sprich seine Kosten überdurchschnittlich zu senken. Da die zugelassenen Erlöse über einen festgelegten Senkungspfad jedes Jahr sinken sollen, muss der Netzbetreiber jedes Jahr effizienter werden – also Kosten senken – wenn er überhaupt weiterhin Gewinne erwirtschaften will.

Um auch der Komponente Versorgungssicherheit Rechnung zu tragen, wurde gesetzlich eine Reihe von „Aufbesserungsmöglichkeiten“ für die zugestandenen Erlöse vorgesehen, die insbesondere notwendige Investitionen in das Versorgungsnetz berücksichtigen.

Damit der Wettbewerb so richtig in Schwung kommt, ist der Verbraucher gefragt. Jeder Strom- und Gaskunde müsste ständig die Tarife vergleichen und sich dann auch für einen günstigeren Anbieter entscheiden. Hier ist noch viel Potenzial vorhanden.

Thomas Müller

## **Kontakt**

Tel.: 0931/380-1133

E-Mail: [wirtschaft.landesentwicklung.verkehr@reg-ufr.bayern.de](mailto:wirtschaft.landesentwicklung.verkehr@reg-ufr.bayern.de)

# Alt gegen Neu – Zuschüsse für einen modernen ÖPNV

Die Regierung von Unterfranken fördert die Anschaffung neuer Linienbusse

Im Jahr 2009 förderte die Regierung von Unterfranken mit rund 2,8 Millionen Euro die Anschaffung neuer Linienbusse für den Öffentlichen Personennahverkehr. Gefördert wurde die Ersatzbeschaffung neuer Omnibusse, soweit diese für den Erhalt und zur Verbesserung von Linienverkehren nach § 42 Personenbeförderungsgesetz (PBefG) erforderlich sind.

Die Förderung war für die Jahre 2007 und 2008 aufgrund der Kürzung der Regionalisierungsmittel des Bundes für die Länder und der Haushaltskonsolidierung in Bayern ausgesetzt worden. Die rechtliche Grundlage für die Wiederaufnahme der Investitionszuschüsse zum 01.01.2009 wurde im Sommer 2008 im Bayerischen Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz und in den Richtlinien für die Gewährung von Zuwendungen des Freistaates Bayern für den öffentlichen Personennahverkehr geschaffen.

Ab dem Jahr 2009 erfolgt die Fahrzeugförderung mit halbiertem Fördermittelkontingent und reduzierten Fördersätzen je Fahrzeug. Die Zuschüsse variieren in Abhängigkeit von der Fahrzeuglänge und der Bauart. Die Bandbreite reicht von 30.000 Euro für die Neuanschaffung von Kleinbussen bis zu 105.000 Euro für die Anschaffung besonders umweltfreundlicher Gelenkbusse in Niederflertechnik.

Um zuschussfähig zu sein, müssen die Fahrzeuge den Anforderungen der Barrierefreiheit möglichst weitreichend entsprechen. Damit die Belange Behinderter und anderer Menschen mit Mobilitätsbeeinträchtigungen Berücksichtigung finden, werden Niederflurfahrzeuge vorrangig gefördert.

Das Mittelvolumen von 2,8 Millionen Euro reichte aus, um die Anschaffung von 37 neuen Linienbussen im Regierungsbezirk Unterfranken zu fördern. Damit konnten rund 50% aller Förderanträge positiv entschieden werden. Die Unterstützung bei den hohen Anschaffungskosten war für Busunternehmer entscheidender Anreiz zum Kauf. Das geförderte Investitionsvolumen belief sich auf insgesamt über 8,6 Millionen Euro. Das durchschnittliche Alter der ausgetauschten Fahrzeuge lag bei 14,2 Jahren, ihre durchschnittliche Laufleistung betrug 750.000 km.

Um aktiv zum Umweltschutz beizutragen, erfüllen alle geförderten Linienbusse den Umweltstandard Euro 5. Für Fahrzeuge, die die

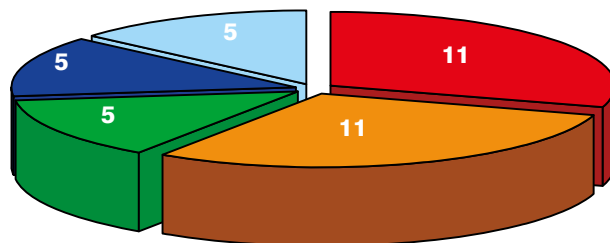


Moderne Busse bilden das Fundament für einen attraktiven öffentlichen Personennahverkehr.

EEV-Kriterien erfüllen, wurde zusätzlich eine Technologieförderung gewährt, um die Unternehmen von den höheren Beschaffungskosten für umweltverträglichere Fahrzeuge zu entlasten. EEV (Enhanced Environmentally Friendly Vehicle) ist der gegenwärtig anspruchsvollste europäische Abgasstandard für Busse und Lkw. Diese besonders umweltschonenden Fahrzeuge übertreffen die Abgasqualität der ab Oktober 2008 bei Lkw und Bussen für alle neuen Fahrzeugtypen gültigen Norm „Euro 5“.

Um auch außerhalb der städtischen Verdichtungsräume ein möglichst attraktives Angebot des Personennahverkehrs zu ermöglichen, erhielten die Busförderung vorrangig kleinere und mittlere, sowohl private, als auch kommunale Verkehrsunternehmen. Die Verteilung der geförderten Fahrzeuge auf die einzelnen Verkehrsgebiete im Regierungsbezirk Unterfranken ist im Diagramm dargestellt.

Heiko Brückner



- VAB (Landkreise Aschaffenburg, Miltenberg, Stadt Aschaffenburg, Stadt Alzenau)
- VVM (Landkreis Kitzingen, Stadt und Landkreis Würzburg)
- VG MSP (Landkreis Main-Spessart)
- KIM (Landkreise Bad Kissingen und Rhön-Grabfeld)
- VSW (Landkreise Schweinfurt und Hassfurt)

## Kontakt

Tel.: 0931/380-1208

E-Mail: [wirtschaft.landesentwicklung.verkehr@reg-ufr.bayern.de](mailto:wirtschaft.landesentwicklung.verkehr@reg-ufr.bayern.de)

# Die Förderung des Breitbandzugangs in Unterfranken



Im Jahr 2009 wurde der Breitbandausbau in Unterfranken weiter vorangetrieben. In konstruktiver Zusammenarbeit mit den Landkreisen, den Landratsämtern und den Kommunen wurde im Verlauf dieses Jahres eine Vielzahl von Informationsveranstaltungen und Workshops in den Landkreisen zur Breitbandförderung durchgeführt. Der Mittelpunkt dieser Bemühungen war die Breitbandinformationsbörse, zu der die Regierung von Unterfranken im Oktober alle beteiligten Akteure einlud. Sechs Breitbandanbieter und etwa 140 Gemeindevertreter folgten der Einladung und konnten im direkten Ideen- und Meinungsaustausch neue Kontakte knüpfen. Regierungspräsident Dr. Paul Beinhofer betonte



*Auf großes Interesse stieß auch Anfang Oktober 2009 das Unterfränkische Breitbandforum in Würzburg, wozu Regierungspräsident Dr. Paul Beinhofer rund 140 Kommunalvertreter begrüßte.*

in der Veranstaltung: „Ein schneller Internetzugang ist heute für alle Wirtschaftszweige, aber auch für Selbständige ein wesentlicher Entscheidungsparameter bei der Standortwahl. Ich begrüße es daher ausdrücklich, wenn die Kommunen die schnelle Internetanbindung neben Strom, Wasser und Gas als einen wichtigen Bereich der Daseinsvorsorge begreifen“.

Neben den Anstrengungen der Regierung von Unterfranken, den Informations- und Beratungsbedarf innerhalb der Gemeinden und Kommunen zu decken, bewirkten die Vereinfachung des Förderverfahrens und das Anheben der Förderquoten ein weiter steigendes Interesse von Seiten der Kommunen nach Breitbandlösungen in den ländlich geprägten Gebieten. So übergab der Regierungspräsident bis einschließlich Ende 2009 an insgesamt 25 Gemeinden Investitionsförderbescheide in Gesamthöhe von über 1,5 Millionen Euro.

Die Regierung von Unterfranken legt bei der Erschließung des ländlichen Raums durch das Breitbandinternet besonders auf technologie-neutrale Lösungen Wert, wobei dem wirtschaftlichsten Angebot eines Breitbandanbieters



*Freuten sich im August 2009 über die entsprechenden Investitionsförderbescheide, die Bürgermeister bzw. Vertreter aus Bürgstadt, Marktheidenfeld, Hafelohr, Eschau, Euerbach und Kirchheim.*

förderrechtlich der Vorrang gebührt. Die Erfahrungen haben gezeigt, dass einige Gemeinden

auch Angebote erhalten, die nicht immer auf den individuellen Bedarf explizit zugeschnitten sind. Somit müssen dezentrale Breitbandlösungen gesucht und gefunden werden, die in enger Zusammenarbeit mit den Gemeinden, den Anbietern und der Regierung auf die spezifischen Gegebenheiten vor Ort optimiert sind. Es gibt viele interessante Alternativen, wie die gefundenen Lösungen für Tauberrettersheim (Landkreis Würzburg) und Michelau (Landkreis Schweinfurt) beispielhaft verdeutlichen. Beide Gemeinden haben sich für eine Hybridlösung, bestehend aus Kabel- und Funkelementen, entschieden. Auf Grund der komplexen Struktur der angebotenen Lösungen liegt es im Interesse aller Beteiligten, eine nachhaltige und zukunftsorientierte Breitbandtechnologielösung unter Prüfung aller Umstände anzustreben.



*Den ersten Investitionsförderbescheid überreichte Regierungspräsident Dr. Paul Beinhofer (2. v. links) an den 1. Bürgermeister des Marktes Kreuzweithem, Horst Fuhrmann (2. v. rechts).*

Wolfgang Rothe

Kontakt

Tel.: 0931/380-1224

E-Mail: [wirtschaft.landentwicklung.verkehr@reg-ufr.bayern.de](mailto:wirtschaft.landentwicklung.verkehr@reg-ufr.bayern.de)

## BREITBAND · INITIATIVE · BAYERN



# Bauen für den Doppelabiturjahrgang 2011

Die Zeit drängt! Mit dem doppelten Abiturjahrgang rollt eine Studentenwelle auf die bayerischen Universitäten und Fachhochschulen zu. Um den Studenten dennoch möglichst gute Bedingungen zu bieten, wurden eine ganze Reihe von Baumaßnahmen auf den Weg gebracht:

Nach einem Architektenwettbewerb im März 2008 entsteht in Würzburg am Hubland ein neues zentrales Hörsaal- und Seminargebäude. Mit einem großen Hörsaal für 600 Studierende, zwei Sälen für 190 Studierende und 23 Seminarräumen wird es etwa 2000 Studenten aufnehmen können.

Dabei wird mit Baukosten von 16,7 Millionen Euro und der Fertigstellung bis Februar 2011 gerechnet.

Seit April 2009 befindet sich für die Naturwissenschaften ein zentrales Praktikumsgebäude im Bau. Auf 1740 m<sup>2</sup> Hauptnutzfläche soll es bis zum Sommersemester 2011 Arbeitsplätze für 275 Studenten der Biologie, Chemie und Physik bieten. Die Baukosten liegen bei 11,5 Millionen Euro.

Nach einem Architektenwettbewerb 2004 und einem Bürgerbegehren 2008 wird in unmittelbarer Nachbarschaft am Sanderheinrichsleitengeweg seit März 2009 für die Ausbildungsrichtung



Foto: Staatliches Bauamt Würzburg

*Nach schwierigen Gründungsmaßnahmen wächst für die Fachhochschule der Neubau am Sanderheinrichsleitengeweg unaufhaltsam in die Höhe.*

Gestaltung und Technik der Fachhochschule ein Neubau mit 5.405 m<sup>2</sup> Hauptnutzfläche für 1000 Studenten errichtet. Das 27-Millionen-Euro-Projekt soll bis Mai 2011 fertig gestellt sein.

Durch den Erwerb von 39 Hektar durch den Freistaat Bayern aus dem ehemaligen Leighton-Areal verfügt die Universität Würzburg nun im Anschluss an das Hubland über



Foto: Staatliches Bauamt Aschaffenburg

*Das neue Hörsaalgebäude der Hochschule Aschaffenburg für die Studiengänge Mechatronik und Wirtschaftsingenieurwesen liegt voll im Zeitplan. Am 26. Oktober 2009 konnte bereits das Richtfest gefeiert werden.*

Entwicklungsmöglichkeiten wie wohl keine zweite Universität in Bayern.

Auf der Grundlage eines städtebaulichen Wettbewerbs im vergangenen Jahr wird 2010 die Gesamterschließung der durch die Universität zu nutzenden Flächen begonnen. Gleichzeitig werden neun ehemalige Wohnblocks zu Seminar- und Besprechungsräumen, Laboren und Sekretariaten umgebaut. Insgesamt werden dafür 28 Millionen Euro investiert. Ab April 2011 sollen die Gebäude bezogen werden.

Auch die Hochschule in Aschaffenburg erfreut sich eines starken Zuwachses an Studierenden. Neben umfangreichen Ausbaumaßnahmen entsteht derzeit für die Studiengänge Mechatronik und Wirtschaftsingenieurwesen ein Hörsaalgebäude mit 2100 m<sup>2</sup> Hauptnutzfläche und Baukosten in Höhe von 13,2 Millionen Euro. Im Oktober 2009 konnte Richtfest gefeiert werden. Zum Sommersemester 2011 soll der Bau bezugsfertig sein.

Nachdem an der Fachhochschule Schweinfurt erst vor fünf Jahren ein neues Hörsaalgebäude in Betrieb ging, sollen im März 2010 die Bauarbeiten für ein Kompetenzzentrum für Energie und Medizintechnik beginnen. Für die Baumaßnahme, die im Februar 2012 übergeben werden soll, stehen 13,5 Millionen Euro zur Verfügung. Außerdem wurde ein Hörsaalgebäude für 720 Studierende mit 2.525 m<sup>2</sup> Hauptnutzfläche und einem Kostenrahmen von 7,5 Millionen Euro zur Anmietung in Auftrag gegeben. Als Fertigstellungstermin ist der 1. Juli 2011 geplant.

Zusammengenommen ergeben die Baumaßnahmen die beachtliche Summe von über 117 Millionen Euro.

## Kontakt

Tel.: 0931/380-1413

E-Mail: [bauwesen@reg-ufr.bayern.de](mailto:bauwesen@reg-ufr.bayern.de)

# Mainbrücken in Unterfranken

– das Bauprogramm wird zügig umgesetzt

Der Main fließt mit vielen Windungen auf einem rund 300 km langen Weg durch Unterfranken und kreuzt dabei viele Straßen. Die Mainbrücken sind die Schlüsselstellen im unterfränkischen Straßennetz. Derzeit bestehen 66 Mainbrücken im Zuge von Autobahnen, Bundes-, Staats-, Kreis- und Gemeindestraßen sowie von Geh- und Radwegen.

Die Regierung von Unterfranken ist als vorgesetzte Dienststelle der Staatlichen Bauämter Aschaffenburg, Schweinfurt und Würzburg für insgesamt 31 Mainbrücken zuständig. Der vorhandene Bauwerksbestand ist sehr inhomogen. Er reicht von denkmalgeschützten historischen Bauwerken wie der alten Mainbrücke Marktheidenfeld und der alten Mainbrücke Würzburg



Foto: Staatliches Bauamt Würzburg

Einschwimmen Mainbrücke Segnitz am 29.10.2009.

Erneuerungen der Mainbrücken Bergheinfeld, Segnitz, Volkach und Klingenberg, konnte eine Sonderfinanzierung durch die Realisierung als Public-Private-Partnership (PPP)-Pilotprojekte erreicht werden. Derzeit befinden sich von den 21 Brücken vier in Bau, eine im Vergabeverfahren und 13 in Planung.

Im Jahr 2009 wurden mehrere Projekte entscheidend voran gebracht. Für die Mainbrücken Segnitz und Volkach fanden die feierlichen ersten Spatenstiche und für die Mainbrücken Bergheinfeld und Goßmannsdorf die Verkehrsfreigaben statt. Im Januar konnte in Bergheinfeld und im Oktober in Segnitz ein spektakulärer Einschwimmvorgang beobachtet werden. Im Herbst erfolgte dann der Abbruch der alten Mainbrücke Bergheinfeld. Durch den Brückenabbruch ist die Gefahrenstelle für die Mainschifffahrt beseitigt.

Im Jahr 2010 sollen die Bauarbeiten für die Mainbrücke Segnitz fertiggestellt werden und die Bauarbeiten für die Mainbrücken Klingenberg, Eltmann und die Ebertbrücke Aschaffenburg (1. Fahrbahn) beginnen. Weiterhin sollen im Jahr 2010 die Mainbrücken Schwarzach und Weyer im Zusammenhang mit den Bauarbeiten für den Fahrrinnenausbau gegen Schiffstoß gesichert werden. Die Ziele für das Jahr 2011 lauten: Fertigstellung der Baumaßnahmen an den Mainbrücken Volkach und Eltmann und Beginn der Baumaßnahmen an den Mainbrücken Ochsenfurt, Marktheidenfeld und Horhausen.

Klaus Schwab

## Kontakt

Tel.: 0931/380-1436

E-Mail: [bauwesen@reg-ufr.bayern.de](mailto:bauwesen@reg-ufr.bayern.de)



Foto: Gerhard Meißner

Feierliche Verkehrsfreigabe der neuen Mainbrücke Goßmannsdorf mit Innenstaatssekretär Gerhard Eck am 21.12.2009.

über provisorisch nach dem zweiten Weltkrieg instandgesetzte Bauwerke wie der Mainbrücke Volkach bis hin zu relativ neuen Brücken wie der neuen Mainbrücke Zellingen und der Spesartbrücke zwischen Wertheim und Kreuzwertheim. An vielen Mainbrücken ist eine Sanierung erforderlich. Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen haben gezeigt, dass bei einigen Brücken eine Erneuerung im Vergleich zu einer Instandsetzung wirtschaftlicher ist. Bei den Instandsetzungs- und Erneuerungsplanungen muss neben der in den vergangenen Jahrzehnten stetig gewachsenen Belastung aus dem Straßenverkehr auch die durch den Mainausbau angestiegene Gefahr durch Schiffstoß berücksichtigt werden.

In enger Zusammenarbeit mit der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung des Bundes hat die Regierung von Unterfranken (Sachgebiet Straßenbau) ein Bauprogramm erarbeitet. Es enthält 21 Brücken im Zuge von Bundes- und Staatsstraßen mit Gesamtkosten in Höhe von rund 138 Millionen Euro. Für vier kostenintensive Projekte, die



# Sechsstreifiger Ausbau der Bundesautobahn A 3 auf Erfolgskurs

## Baurecht und Konjunkturprogramme sorgen für eine leistungsfähige Infrastruktur

Die Regierung von Unterfranken hält auch 2009 den Motor für eine leistungsfähige Infrastruktur gerade an der Hauptachse in Unterfranken, der Bundesautobahn A 3, kräftig am Brummen. Die Bundesautobahn A 3 zählt mit immerhin bis zu annähernd 85.000 Fahrzeugen in 24 Stunden hier in Unterfranken zu den am stärksten belasteten Autobahnen Bayerns. Der sechsstreifige Ausbau dieser transeuropäisch wie auch national bedeutenden Verkehrsader ist dringend geboten. Bei den Planfeststellungen für den sechsstreifigen Ausbau der Bundesautobahn A 3 hat die Regierung von Unterfranken mit viel Anstrengung zum Jahresende 2009 mit dem durchgängigen Baurecht für den gesamten Abschnitt zwischen Aschaffenburg und dem Autobahnkreuz Biebelried mit einer Länge von 94 km und einem Kostenvolumen von über 1 Milliarde Euro ein großes Etappenziel erreicht.

Von insgesamt 16 Verfahrensabschnitten folgten im Jahr 2009 die letzten beiden noch verbleibenden Planfeststellungsbeschlüsse. Gerade mit Erlass des letzten Planfeststellungsbeschlusses für den Abschnitt Würzburg-Heidingsfeld

bis westlich Mainbrücke Randersacker mit dem so genannten Katzenbergtunnel (siehe Bild und Grafik) war aufgrund der zahlreichen Einwendungen und Stellungnahmen noch einmal eine Herkulesaufgabe zu bewältigen, wovon ein Dutzend Verfahrensordner, ein fünftägiger Erörterungstermin und nicht zuletzt die rund 750 Seiten des Beschlusstextes zeugen.

Aus Sicht der Obersten Baubehörde im Bayerischen Staatsministerium des Innern ist es erklärtes Ziel der Bayerischen Straßenbauverwaltung, den sechsstreifigen Ausbau der Bundesautobahn A 3 in diesem Abschnitt trotz seines hohen Finanzbedarfs auch auf Grund der Konjunkturprogramme bis Ende 2016 fertigzustellen. Zwischen dem Autobahnkreuz Biebelried und Aschaffenburg ist der Ausbau im Jahr 2009 teilweise realisiert oder – zumindest punktuell – begonnen worden. Verkehrsfreigaben gab es etwa bei Kist sowie bei Aschaffenburg. So ist nach Baufertigstellung rund ein Viertel der Strecke schon sechsstreifig befahrbar und vom Rest ist über ein Drittel auch bereits in Bau. Dennoch bleiben ab 2010 noch rund 700 Millionen Euro zu finanzieren, wobei es das seitens der Regierung von Unterfranken bereits geschaffene Baurecht nur aufzunehmen und umzusetzen gilt.

Damit ist der Ausbau der Bundesautobahn A 3 in Unterfranken aber noch nicht am Ziel. Nach Osten sind im rund 32 km langen und 243 Millionen Euro teuren Ausbaubereich zwischen dem Autobahnkreuz Biebelried und der Regierungsbezirksgrenze Unterfranken/Oberfranken von Seiten der Regierung von Unterfranken insgesamt fünf Verfahrensabschnitte zu bewältigen. Für den Abschnitt bis zur Mainbrücke Dettelbach sowie für den auch aus Lärmschutzgründen besonders dringlichen Planfeststellungsabschnitt bei Geiselwind sind die Planfeststellungsbeschlüsse ebenfalls noch im Jahr 2009 ergangen. Die Planfeststellungsanträge für die noch ausstehenden Ausbaubabschnitte der Bundesautobahn A 3 östlich des Autobahnkreuzes Biebelried sind von der Autobahndirektion Nordbayern für 2010 angekündigt.

Die Regierung von Unterfranken bleibt nach dem Kraftakt im Jahr 2009 so auch im Jahr 2010 als treibende Kraft gefordert, den Motor für eine leistungsfähige Infrastruktur in Unterfranken gehörig zu schmieren.

### Kontakt

Tel.: 0931/380-1505

E-Mail: [bauwesen@reg-ufr.bayern.de](mailto:bauwesen@reg-ufr.bayern.de)

Dr. Wolfgang Müller

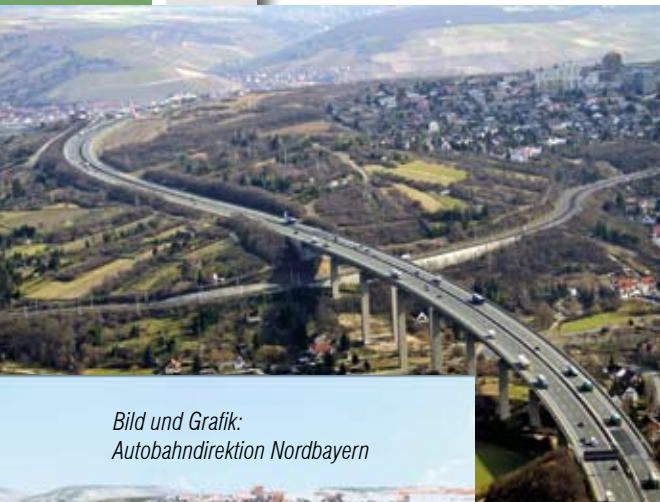


Bild und Grafik:  
Autobahndirektion Nordbayern





# Bayerische Klimaallianz

## Erste Regionalveranstaltung Bayerns in Würzburg

Klimaschutz ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, in der Wirtschaft, Staat und Kommunen ebenso gefordert sind wie jeder einzelne Bürger. Die bayerische Staatsregierung hat daher im Rahmen der Bayerischen Klima-Allianz nach Bündnispartnern zur Erreichung der Klimaschutzziele gesucht. Im Oktober 2004 startete die Allianz mit dem Bund Naturschutz in Bayern. Mittlerweile sind auch die beiden großen christlichen Kirchen, der bayerische Gemeindetag, der Landkreistag, der Verband der bayerischen Bezirke und der Bayerische Landes-Sportverband der Klima-Allianz beigetreten.

Die Errichtung und der Betrieb von Gebäuden gehören zu den zentralen Handlungsfeldern im Klimaschutz. Dies allein schon deshalb, weil etwa ein Drittel des Gesamtenergieverbrauchs in Bayern auf diesen Bereich entfällt. Für eine menschen- und umweltgerechte Gestaltung der baulichen Umwelt tragen die Architekten und Ingenieure eine wesentliche Verantwortung. Aus diesem Grund wurden auch die bayerischen Architekten und Ingenieure Partner der Bayerischen Klima-Allianz. Vor diesem Hintergrund unterzeichneten am 20. Februar 2008 die Bayerischen Staatsregierung, die Bayerische Architektenkammer, der Bund Deutscher Architekten Landesverband Bayern und die Bayerische Ingenieurekammer-Bau eine gemeinsame Erklärung über die Zusammenarbeit zum Schutz des Klimas.

Die Regierung von Unterfranken selbst lud gemeinsam mit den neuen Bündnispartnern (Bayerische Architektenkammer, Bayerische Ingenieurekammer-Bau, Bund Deutscher Architekten) und der Fachhochschule Würzburg-Schweinfurt zur bayernweit ersten Regionalveranstaltung am 20. Mai 2009 in Würzburg ein, zu der der Regierungspräsident und die Mitveranstalter eine große Zahl von Architekten und Ingenieuren sowie von Vertretern der Kommunen begrüßen konnten.

Im Mittelpunkt der Veranstaltung stand die energetische Sanierung von öffentlichen Gebäuden. Die öffentliche Hand trägt aufgrund ihrer

Vorbildrolle eine besondere Verantwortung. Die fachlichen Beiträge gaben einen Überblick über den aktuellen Stand der Energieplanung unter Betrachtung des gesamten Lebenszyklus eines Gebäudes von der Grundlagenermittlung bis hin zu Nutzung und Abbruch. Weiteres Thema waren die neuesten Tendenzen auf dem Gebiet der Anlagentechnik für Wärmeerzeugung, Wärmeübergabe, Lüftung und Beleuchtung einschließlich der hygienischen und ergonomischen Anforderungen.

Vier „Werkstattberichte“ zur Sanierung von Schulen in Unterfranken und in benachbarten Regionen zeigten eine Bandbreite von Lösungsmöglichkeiten auf und lieferten interessante Einblicke in die Praxis. Die Sanierung der Hallemann-Schule in Fürth-Dambach (Heid Architekten) stand beispielhaft für die Problematik, wie eine gestalterisch hochwertige Architektur der 1970er Jahre an heutige Anforderungen angepasst werden kann.

Die Planung der Grundschule in Hofheim/Taunus-Marxheim (Architekt Helmut Mohr) stand unter dem Motto „Die Schule soll im Dorf bleiben“. Neben der energetischen Sanierung eines über 100 Jahre alten Gebäudes mit Natursteinfassade wurde eine Erweiterung mit Umnutzung einer benachbarten Scheune und einem Erweiterungsbau realisiert.

Bei der Sanierung der Grund- und Teilhauptschule Werneck-Schleerieth (Architekturbüro Jäcklein) wurden für einzelne Baukörper differenzierte Details für den Vollwärmeschutz der Fassade und die Dämmung des flach geneigten Dachs entwickelt.

Beim vierten Beispiel, der Ivo-Zeiger-Schule in Mömbris (Ritter+Bauer Architekten), konnten im Rahmen der Umnutzung einer Hauptschule in eine Grundschule das Gebäudevolumen und die Außenhüllfläche deutlich reduziert werden.

Fazit der Veranstaltung war, dass die energetische Modernisierung von Gebäuden für alle Beteiligten eine gleichermaßen interessante wie anspruchsvolle Aufgabe ist, die noch für viele Jahre aktuell bleiben wird.



Foto: Stefan Meyer Architekturfotografie

Grund- und Teilhauptschule in Schleerieth

Johann Lechner



Einladungsflyer

### Kontakt

Tel.: 0931/380-1443

E-Mail: bauwesen@reg-ufr.bayern.de

# Revitalisierung von Stadt- und Ortskernen

## Neuer Ortsmittelpunkt: Dorfplatz Kist

Vitale und lebenswerte Ortsmiten sind längst nicht mehr selbstverständlich. Die Kommunen müssen sich verstärkt aktiv um ihre Altortbereiche kümmern. Auch die Gemeinde Kist hat das Potenzial und die Chance erkannt, die sich nach der Verlagerung ihres Bauhofs erstmals boten: Die funktionale und gestalterische Aufwertung ihres Altortes durch die Schaffung eines neuen Dorfplatzes in der Ortsmitte.

Auf Anraten der Regierung von Unterfranken entschloss sich die Gemeinde, einen Architektenwettbewerb hierzu auszuloben. Bei der Wettbewerbsaufgabe wurde neben der Neugestaltung des Dorfplatzes auch auf dessen städtebauliche Einbindung in ein gestalterisches Gesamtkonzept zwischen Kirche und Rathaus Wert gelegt. Zu diesem Wettbewerb wurden 7 Büros eingeladen, wobei im Februar 2008, unter preisrichterlicher Beteiligung der Regierung von Unterfranken, das Büro Wegner aus Veitshöchheim als 1. Preisträger hervorging.

Durch diese vorbildliche Vorarbeit, die damit verbundene hohe Qualität des Entwurfes und die Zusicherung der kurzfristigen Realisierung konnte die Gemeinde Kist noch im Programmjahr 2008 als Einzelvorhaben in das Bayerische Städtebauförderungsprogramm aufgenommen werden.

Nach dem Abbruch der leer gefallenen Bausubstanz entstand so erstmals ein zentraler Dorfplatz, in unmittelbarer Nachbarschaft zur Kirche, der als räumlicher und sozialer Ortsmittelpunkt nun Raum für die vielfältigsten Aktivitäten in der Gemeinde Kist zur Verfügung stellt.

Führt man sich die möglichen Nutzungsvarianten vor Augen, kann man wohl zu Recht auch von einem „Mehrgenerationen-Platz“ sprechen. Neben Märkten und Festen, kulturellen oder musikalischen Veranstaltungen, dem Spielen oder bloßen Verweilen an der neugestalteten Wasserfläche oder unter einem zukünftigen schattigen Baumdach (die Bäume werden noch gesetzt), kann der barrierefrei zugängliche Platz vielen unterschiedlichen Ansprüchen gerecht werden. Zudem ist nun, geschickt die Topografie nutzend, der barrierefreie Zugang zur Kirche von Süden her funktional wie gestalterisch sehr gut gelungen.



Foto: J. Wolfschmidt, Kist

Durch eine großzügig gestaltete Sitzstufenanlage anstelle der früheren hohen Kirchenmauer wurde zudem ein modernes Element gefunden, das das Kirchemfeld geradezu selbstverständlich mit dem neuen weltlichen Dorfplatz verbindet.

Mit dem Erhalt und der Ergänzung der bestehenden Scheune zu einem „multifunktionalen Dorfhaus“ wurden sowohl notwendige Nebenanlagen integriert als auch zusätzliche, überdachte Veranstaltungsräumlichkeiten geschaffen.

Von den Gesamtkosten von rund 1,2 Millionen € konnten rund 960.000 € als förderfähig anerkannt und bei einem Fördersatz von 60% Zuwendungen von rund 576.000 € bewilligt werden. Der Abbruch der leerstehenden Gebäude im Vorfeld wurde mit 16.700 € bezuschusst. Damit konnte die Gesamtmaßnahme insgesamt mit Städtebauförderungsmitteln in Höhe von rund 593.000 € finanziell unterstützt werden.

Im Rahmen eines Dorffestes wurde unter großem Zuspruch der Kister Bürgerschaft die neue Ortsmitte in Anwesenheit von Regierungspräsident Dr. Paul Beinhofer am 12. September 2009 feierlich eingeweiht.

Manfred Grüner



Fotos: Gemeinde Kist



### Kontakt

Tel.: 0931/380-1440

E-Mail: [bauwesen@reg-ufr.bayern.de](mailto:bauwesen@reg-ufr.bayern.de)

# Weinkulturhaus Markt Bürgstadt am Main

EU- Städtebauförderungsprogramm EFRE 2007–2013

Mit 60 ha Rebfläche und einigen Spitzenwinzerbetrieben mit Weinen von europäischem Rang gehört Bürgstadt zu den bedeutendsten und bekanntesten Weinorten am Untermain. Vor diesem ökonomischen Hintergrund stellt sich der Markt Bürgstadt seiner Verantwortung, über die Erarbeitung integrierter städtebaulicher Konzepte eine nachhaltige Aufwertung seines Altortsbereiches weiter zu entwickeln. Neben der Nutzung regenerativer Energien, Energieeffizienz und CO<sub>2</sub>-Einsparung werden auch Themen wie „ökologischer Weinbau“ und „sanfter“ Tourismus miteinander verbunden.

Insgesamt gute Voraussetzungen, um die Marktgemeinde im Jahr 2007 in das EU Förderprogramm „Europäischer Fonds für regionale Entwicklung“ (EFRE) mit dem Ziel „Regionale Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung“ zur „Aufwertung von Stadt- und Ortsteilen mit besonderem wirtschaftlichen, ökologischen oder sozialen Entwicklungsbedarf“ aufzunehmen.

Über das Pilotprojekt „Weinkulturhaus“ konnte die Verbindung von Ökonomie und Ökologie in der Marktgemeinde auch in baulicher Hinsicht exemplarisch verdeutlicht werden. Durch Entkernung und Umbau eines historischen Scheunengebäudes, geplant von dem Büro für Architektur und Städtebau Dr. Holl, Würzburg, wurde in der Ortsmitte eine nachhaltige Aufwertung alter Bausubstanz in kultureller, ökonomischer und ökologischer Hinsicht vorbildlich umgesetzt: Das „Weinkulturhaus“ öffnet sich nun vor dem historischen Rathaus zum zentralen Platzraum mit einer großzügigen, zeitgemäßen Glasfassade. Dadurch erfährt die einst enge Ortsdurchfahrt im Ortskern eine Aufweitung, optisch unterstützt durch ein auf die Situation abgestimmtes Beleuchtungskonzept (Brandi-Licht, Hamburg). Im Erdgeschoss und im historischen Gewölbekeller entstanden Räumlichkeiten für eine zentrale Weinvermarktung zur Unterstützung der Winzertradition im Ort mit zusätzlichem gastronomischen Angebot. Ebenfalls im Erdgeschoss wird eine zentrale Touristeninformation untergebracht. Die Obergeschosse bieten Möglichkeiten für museale Nutzungen, Ausstellungen und kulturelle Veranstaltungen.

Vor dem Hintergrund effizienter Nutzung regenerativer Energien wird das Weinkulturhaus über eine Geothermieanlage beheizt. Weitere öffentliche Gebäude werden im Zuge einer gesamtörtlichen Energiekonzeption in das neue Heizkonzept mit eingebunden.

Insgesamt fügt sich das „Weinkulturhaus“ unter Einbeziehung neuer Gestaltungselemente in ein historisch geprägtes Ensemble ein. Diese Einfügung kann nicht als vordergründige Anpassung

an alte Bausubstanz oder als Nachahmung, sondern als bewusste, gleichzeitig differenzierte Auseinandersetzung mit neuen zeitgemäßen Elementen in historischer Umgebung gesehen werden. Ohne aufdringlich zu wirken, erhält das Gebäude eine eigenständige Architektursprache, die zukunftsweisend ein harmonisches Nebeneinander von Alt und Neu zulässt und die Philosophie „Ökologie und Wein“ verkörpert.

Die Regierung von Unterfranken konnte der Marktgemeinde Bürgstadt für den Umbau des Anwesens Hauptstraße 2 zum Weinkulturhaus einen Zuschuss in Höhe von 884.400 € aus dem Städtebauförderungsprogramm EU-Strukturfonds, Förderperiode 2007 bis 2013 bewilligen.

Daniela Kircher

## Kontakt

Tel.: 0931/380-1442

E-Mail: [bauen@reg-ufr.bayern.de](mailto:bauen@reg-ufr.bayern.de)



Fotos: Gerhard Hagen Fotografie, Bamberg



# Start der unterfränkischen Dialogforen – auf dem Weg zur Bayerischen Mittelschule

Im Zusammenhang mit der Weiterentwicklung der Hauptschule zur Bayerischen Mittelschule sucht die Regierung von Unterfranken in allen Landkreisen und kreisfreien Städten den Dialog mit den an Schule Beteiligten. Im Zusammenwirken mit den Landratsämtern bzw. Städten und insbesondere mit den Staatlichen Schulämtern werden Bürgermeister, Schulleiter und Elternvertreter eingeladen, gemeinsam zu erörtern, wie die vielfältigen Herausforderungen, mit denen das Schulwesen in den kommenden Jahren konfrontiert sein wird, gemeistert werden können. Diesen Herausforderungen zu begegnen, setzt eine neue Kultur der bildungspolitischen Diskussion voraus. Ziel ist es, Gesprächsprozesse anzustoßen, um überall in Unterfranken ein wohnortnahes, differenziertes und gerechtes Bildungsangebot von hoher Qualität sicherzustellen. Die vorhandenen Hauptschulstrukturen, die Schulen vor Ort, werden durch Schulverbände zukunftsfähig gemacht. Für unsere Schülerinnen und Schüler wird ein Bildungsangebot geschaffen, das alle Möglichkeiten bis hin zur einer dem Realschulabschluss adäquaten Mittleren Reife bietet.

Das erste Dialogforum fand am 21. Oktober 2009 für den Landkreis Miltenberg in Bürgstadt statt. Neben dem Regierungsvizepräsidenten Dr. Andreas Metschke, der das Dialogforum zusammen mit Landrat Roland Schwing leitete, saßen Ministerialdirigent Dr. Peter Müller, Leiter der Abteilung IV des Staatsministeriums für Unterricht und Kultus, Abteilungsdirektor Gustav Eirich, Leiter des Bereiches Schulen an der Regierung von Unterfranken sowie Schul-



Auftakt der unterfränkischen Dialogforen in Miltenberg.

amtsdirektor Klaus Kolb, Fachlicher Leiter des Staatlichen Schulamts im Landkreis Miltenberg, auf dem Podium.

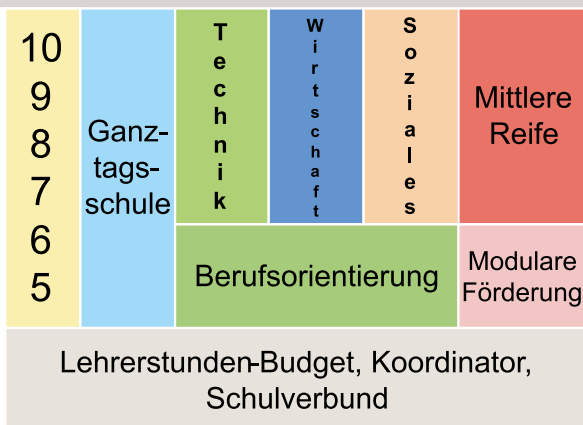
Den rund 120 Schulleitern, Bürgermeistern, Eltern- und Wirtschaftsvertretern wurden die neuen regionalen Mittelschulstrukturen vorgestellt. Da Möglichkeiten für künftige Kooperationen, die das erforderliche Bildungsangebot einer Mittelschule sicherstellen, bereits seit zweieinhalb Jahren auf vielen Ebenen im Landkreis sehr ergebnisorientiert diskutiert werden, waren die vorgestellten Prognosen zur demografischen Entwicklung für die meisten Teilnehmer nicht neu. Bei einer ähnlichen Veranstaltung im Mai 2007 hatte Schulamtsdirektor Klaus Kolb bereits zu neuen Formen der Zusammenarbeit über Gemeindegrenzen hinweg motiviert. Weil Kooperationen grundsätzlich auch über Bezirks- und Landkreisgrenzen hinaus ermöglicht werden sollen, sind vor Ort auch Schulverbände mit der Stadt oder dem Landkreis Aschaffenburg und dem Landkreis Main-Spessart möglich.

Das erste unterfränkische Dialogforum am 21.10.2009 bildete natürlich nur den Auftakt für ebensolche Veranstaltungen in allen Schulamtsbereichen. Noch am 25. November 2009 folgte bereits der Landkreis Haßberge. Schließlich sollen bereits bis Anfang Frühjahr 2010 in allen unterfränkischen Schulamtsbereichen entsprechende Dialogprozesse angestoßen sein.

Günter Dusel

Die Mittelschule im ländlichen Raum

## Mittelschule



A-Dorf

B-Dorf

Kontakt  
Tel.: 0931/380-1307  
E-Mail: schulen@reg-ufr.bayern.de

# „HYPHKA – Ideen für Europa“

## 56. Europäischer Schülerwettbewerb 2009 präsentierte sich erfolgreich



Unter dem Motto „HYPHKA – Ideen für Europa“ startete der 56. Europäische Schülerwettbewerb mit Beginn des Schuljahres 2008/09. Er rief erneut Schülerinnen und Schüler aller Schularten auf, neue Ideen für Europa zu finden und diese in Wort und Bild zum Ausdruck zu bringen, denn, so war der Ausschreibung zu entnehmen, „Kreativität und Innovation sind Garanten für die Wettbewerbsfähigkeit der EU“.

Die Leistungen der unterfränkischen Teilnehmer konnten sich dabei auch im Jahr 2009 sprichwörtlich wieder sehen lassen, sowohl bei der Ehrung der unterfränkischen Landessieger am 15. Juli 2009 in der Richard-Rother-Realschule in Kitzingen in Anwesenheit zahlreicher Ehrengäste im Rahmen eines Festaktes, der anschließenden vollständigen Ausstellung im Juli 2009 im Landratsamt Kitzingen, als auch im Oktober 2009, als im Foyer der Regierung von Unterfranken am Peterplatz in Würzburg nochmals eine Auswahl von rund 80 bildnerischen Arbeiten gezeigt wurde. Die Ausstellung im Regierungsfoyer jährte sich dabei zum 25. Mal.



Hannah Rottenberger, Klasse 11, Jack-Steinberger-Gymnasium Bad Kissingen, Thema: Kampagne.

Prämiert wurden in diesem Jahr Bilder und Aufsätze von 342 Landessiegerinnen und Landessiegern aus 32 unterfränkischen Schulen. Für Unterfranken ist dies zum wiederholten Male ein hervorragendes Ergebnis.

Der Wettbewerb unter der Trägerschaft des Zentrums für Europäische Bildung – Europäische Bewegung Deutschland, Bonn, richtete sich mit seinem diesjährigen Thema wiederum als Mal- und Schreibwettbewerb an Schülerinnen und Schüler aller Schularten, gestaffelt nach Altersgruppen, bis 9 Jahre, 10 bis 13 Jahre, 14 bis 16 Jahre und 17 bis 21 Jahre.

Erneut nahm die Regierung von Unterfranken zusammen mit dem Bezirk Unterfranken und dem Bezirksverband der Europa-Union unter der Schirmherrschaft von Regierungspräsident Dr. Paul Beinhofer und Bezirkstagspräsident Erwin Dotzel die Ehrung der Landessieger im Europäischen Schüler-Wettbewerb aus dem Regierungsbezirk Unterfranken vor. Organisatorisch und finanziell unterstützt wird die Veranstaltung alljährlich durch den Bezirksverband der Europa-Union und durch den Bezirk Unterfranken. Beratend wirken die Ministerialbeauftragten für die Realschulen und Gymnasien für den Regierungsbezirk Unterfranken mit.

Der 57. Europäische Wettbewerb 2010 ist bereits angelaufen. Er trägt das Motto „Mit neuem Mut. 2010 – Europäisches Jahr zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung“. Wir dürfen erneut auf die Ergebnisse der unterfränkischen Schülerarbeiten gespannt sein.



Lena Back, Kl.10g, Werner-von-Siemens-Realschule, Bad Neustadt/Saale, Thema: Metamorphose.



Isabelle-Chantal Ebert, Kl.8, Maria-Ward-Schule, Aschaffenburg, Thema: Mobilität.



HYPHKA (sprich: Heureka) kommt aus dem Griechischen und bedeutet etwa „ich habe es gefunden“.

Doris Grimm

### Kontakt

Tel.: 0931/380-1361

E-Mail: schulen@reg-ufr.bayern.de



Die Preisverleihung in der Aula der Richard-Rother-Realschule Kitzingen.

Fotos: Richard-Rother-Realschule Kitzingen



Das Symphonische Blasorchester des Armin-Knab-Gymnasiums Kitzingen umrahmte die Preisverleihung festlich.



Regierungspräsident Dr. Paul Beinhofer und Stv. Bezirkstagspräsidentin Eva-Maria Linsenbreder überreichen einer Schülerabordnung Urkunden und Buchgutscheine.



# Verhaltensauffälligkeiten im Schulalltag kompetent begegnen

## Kooperationsprojekt zwischen Regierung von Unterfranken und Universität Würzburg

Wenn Schulen oder LehrerInnen in der Auseinandersetzung mit Verhaltensproblemen ihrer SchülerInnen fachlich kompetente Beratung und Unterstützung suchen, finden sie ab sofort auch Hilfe an der Universität Würzburg. In enger Kooperation mit der Regierung von Unterfranken wurde Anfang Oktober 2009 die **„Sonderpädagogische Beratungsstelle für Erziehungshilfe (SBfE)“** am Lehrstuhl für Sonderpädagogik V (Pädagogik bei Verhaltensstörungen) gegründet.

Verhaltensauffälligkeiten bei Kindern und Jugendlichen sind weit verbreitet. Nicht nur Aufmerksamkeits-Hyperaktivitäts-Störungen (ADHS), Aggressivität und Gewalt spielen in diesem Kontext eine Rolle. Auch Ängstlichkeit, soziale Unsicherheit, Drogen, Essstörungen oder „Null Bock auf Schule“ sind Probleme, mit denen LehrerInnen im Schulalltag zunehmend konfrontiert werden.

### Das Angebot der Beratungsstelle

Die Sonderpädagogische Beratungsstelle für Erziehungshilfe bietet vor allem Schulen Beratung im Umgang mit verhaltensauffälligen Kindern und Jugendlichen an. Dazu gehören:

- individuelle Beratung für Lehrkräfte an Regel- und Förderschulen sowie sonderpädagogischen Förderzentren
- Unterstützung und Begleitung von Schul- und Unterrichtsentwicklungsprozessen
- Fortbildungsangebote für angehende Lehrkräfte über Erziehungshilfe und Pädagogik bei Verhaltensauffälligkeiten

Geleitet wird die Beratungsstelle von Professor Roland Stein, dem Inhaber des Lehrstuhls für Sonderpädagogik V.

Die Organisation übernimmt die Sonderpädagogin Birte Hoffmann. Unterstützt wird die Arbeit der Beratungsstelle durch die Diplom-Erziehungswissenschaftlerinnen Maria Fenske und Stephanie Wagner, wissenschaftliche Mitarbeiterinnen des Lehrstuhls, sowie Sarah Hanglberger, Sonderpädagogin der Elisabeth-Weber-Schule zur Erziehungshilfe in Würzburg.



Foto: Annette Rimroth

Gründungstreffen der Sonderpädagogischen Beratungsstelle (von links): Roland Stein, Judith Steinhübel, Sarah Hanglberger und Hartmut Lüft.

### Enge Zusammenarbeit zwischen Behörden

Der Start der neuen Beratungsstelle geschieht in enger Kooperation mit dem Sachgebiet der Förderschulen der Regierung von Unterfranken. „Der Leitende Regierungsschuldirektor Hartmut Lüft und die Fachreferentin für den Förderschwerpunkt emotionales Erleben und soziales Handeln, Judith Steinhübel, haben sowohl die Konzeptentwicklung als auch die Aufbauaktivitäten sehr unterstützt“, sagt Roland Stein.

### Verbindung von Theorie und Praxis

Noch befindet sich die Beratungsstelle in der Aufbauphase, d.h. anhand von Bedarfserhebungen will Roland Stein – gemeinsam mit dem Förderschulsachgebiet der Regierung von Unterfranken – stufenweise ein gezieltes Angebot aufbauen.

Dazu gehören ambulante, aufsuchende Beratungs- und Unterstützungsangebote, aber auch stationäre Beratung vor Ort. Die Sonderpädagogin Sarah Hanglberger stellt durch ihre Tätigkeit im Arbeitsfeld Mobiler Sonderpädagogischer Dienst das Bindeglied zu den Schulen sowie die Verknüpfung von Wissenschaft und Schulpraxis her. Das universitäre sonderpädagogische Beratungsangebot soll bereits bestehende Beratungsangebote im Bereich Erziehungshilfe passgenau ergänzen.

Neben der direkten Unterstützung von Schulen und Lehrkräften übernimmt die Sonderpädagogische Beratungsstelle für Erziehungshilfe auch Multiplikatorenfunktion. So werden einerseits die bestehenden schulischen Expertenteams des Förderschwerpunkts emotionale und soziale Entwicklung kontinuierlich fortgebildet und andererseits für Studierende am Lehrstuhl Sonderpädagogik V Fortbildungsangebote zum Erwerb professioneller Beratungskompetenzen angeboten.

Judith Steinhübel

**Kontakt**  
Tel.: 0931/380-1015  
E-Mail: schulen@reg-ufr.bayern.de





# Was Museumsleute wissen sollten

## 25 Jahre Unterfränkischer Museumstag



Foto: Dr. Markus Mauritz

Graf-Luxburg-Museum, Schloss Aschach (Bad Bocklet).

Museen gehören zu den wichtigsten kulturellen Angeboten in Unterfranken. Mit etwa 175 Museen und Sammlungen verfügt der Regierungsbezirk über eine der profiliertesten Museumslandschaften in Bayern. Neben großen hauptamtlich geführten Museen bilden ehrenamtlich betreute Sammlungen und Museumsbestände das Rückgrat des unterfränkischen Museumswesens. In ihnen werden von vielen Bürgerinnen und Bürgern – oft über Jahrzehnte – viele Stunden privaten Engagements und eine hervorragende örtliche Kulturarbeit geleistet. In vielen Kommunen stellen Museen geradezu „Erinnerungsspeicher“ dar, die vielen Menschen, die in einer globalisierten Gesellschaft nach Halt und Orientierung suchen, den Wert der eigenen Heimat, das geschichtliche Gewordensein des eigenen Ortes vor Augen führen und so identitätsstiftend wirken.

Das kann nur gelingen, wenn sich unsere Museen im übergroßen Feld der

Foto: Haus der Bayerischen Geschichte, Augsburg



Das berühmte Trekkurbellfahrrad des Schweinfurters Philipp Moritz Fischer (1812–1890), hergestellt um 1860 (Nachbau von ca. 1970). Dauerleihgabe der FAG Schweinfurt für das Fahrradmuseum im Reichsdorfmuseum Gochsheim.

Kultur- und Freizeitangebote durch Qualität auszeichnen. Dazu bedarf es gerade für alle ehrenamtlich engagierten Museumsleute fortwährend einer Wissenserneuerung, der Ideenregung und des fachlichen Austausches.

Vor diesem Hintergrund entstand vor 25 Jahren auf Initiative des damaligen Bezirksheimatpflegers Dr. Reinhard Worschech und des seinerzeitigen Kulturreferenten der Regierung von Unterfranken, Dr. Peter Kolb, der Gedanke, ein ständiges Forum für die haupt- und ehrenamtlichen Museumsleute in Unterfranken in Anlehnung an den Bayer. Museumstag zu schaffen. Im Zusammenwirken mit der Bayerischen Landesstelle für die nichtstaatlichen Museen tagte so zum ersten Mal in Lohr im Jahre 1984 der Unterfränkische Museumstag. Den Anspruch an seine Arbeit formulierte der damalige Regierungspräsident Dr. Franz Vogt mit den Worten „unseren Museumsleuten praktische Hilfestellung und Dienstleistung in ihrer Arbeit zu bieten“.

Seit dieser Zeit hat sich der Unterfränkische Museumstag als Gemeinschaftsveranstaltung vom Bezirk Unterfranken, der Regierung von Unterfranken und der Landesstelle für die nichtstaatliche Museen zu einer in seiner regionalen Ausrichtung einmaligen Institution entwickelt. Ein fachliches Forum, an dem beständig ca. 100 Museumsfachleute teilnehmen. An jährlich wechselnden Orten, die den lokalen Museen die Möglichkeit bieten, ihre Arbeit zu präsentieren, dient der Unterfränkische Museumstag im wesentlichen dazu, fachliche Beziehungen anzuknüpfen und zu pflegen sowie Partner zusammenzubringen, die ähnliche Interessen haben. Der Museumstag leistet somit einen wertvollen Beitrag dazu, die Attraktivität des musealen Angebots in Unterfranken auf einem landesweit beachteten Niveau zu halten und die Museen auch für die Zukunft als kulturelle Leuchttürme in unserem Regierungsbezirk fortzuentwickeln.



Foto: Stadt Schweinfurt

Museum Georg Schäfer, Schweinfurt.

Kontakt

Tel.: 0931/380-1349

E-Mail: [schulen@reg-ufri.bayern.de](mailto:schulen@reg-ufri.bayern.de)

Peter Ditze

# Kultusministerium belohnt bayerische „Elitehauptschüler“

Regierung von Unterfranken organisiert Ferienseminar als Lohn für herausragende Leistungen

In der letzten Woche der Sommerferien vom 5. bis 11. September 2009 fand für 30 vielseitig interessierte und begabte Hauptschülerinnen und Hauptschüler aus ganz Bayern ein Ferienseminar in Unterfranken statt. Das vom Bayerischen Kultusministerium durchgeführte Seminar wurde von der Regierung von Unterfranken organisiert.

Die Teilnehmer kamen aus allen bayerischen Regierungsbezirken. Als Auszeichnung für ihre herausragenden Unterrichtsleistungen und ihren besonderen Einsatz für die Schulgemeinschaft wurden sie von ihren Schulleitern ausgewählt und durften nun eine abwechslungsreiche und interessante „Bildungswoche“ in Unterfranken verbringen. Ihr Quartier bezogen die Teilnehmerinnen und Teilnehmer für die Dauer ihres Aufenthalts in der Jugendherberge Würzburg.

Das Ferienseminar bot den Schülerinnen und Schülern ein reichhaltiges und abwechslungsreiches Programm im schönen Unterfranken. Neben sportlichen Betätigungen, wie dem Klettergarten am See (Schweinfurt/Schwebheim), und Kanuerlebnissen auf dem Main, standen natürlich auch die kulturellen Höhepunkte in Würzburg, wie die Würzburger Residenz mit dem Besuch der aktuellen Ausstellung „Wiederaufbau und Wirtschaftswunder“, der Hofgarten und die Hofkirche, aber auch ein Besuch der Würzburger Altstadt auf dem Programm. Neben kulturgeschichtlich bedeutsamen Sehenswürdigkeiten war auch der Wirtschaftsstandort Unterfranken ein Schwerpunkt der Seminarwoche. Im Rahmen von Besichtigungen unterfränkischer Betriebe (Getränkhersteller



Ein Besuch bei der Regierung von Unterfranken am Würzburger Peterplatz im Rahmen des Projekts „Lernort Regierung“ durfte als Programmpunkt natürlich nicht fehlen, wozu Abteilungsdirektor Gustav Eirich (hinten links) die Schülerinnen und Schüler im Beisein des Betreuungslehrers Uwe Mitlöhner (hinten rechts) und der weiteren Betreuungslehrkräfte (Gaby Theobald – Volksschule Höchberg, Susanne Winter – Grundschule Werneck, Marc Güntsch – Volksschule Haßfurt und Jürgen Schultheis – Volksschule Zellerau) herzlich willkommen hieß.

Bionade, Ostheim v. d. Rhön, Firma König & Bauer AG, Würzburg, mit Werksberufsschule und s.Oliver, Rottendorf) hatten die jungen Leute viele Gelegenheiten, sich mit kompetenten Fachleuten über aktuelle berufliche Themen auszutauschen.

Die Regierung von Unterfranken hofft, dass die bayerischen Schülerinnen und Schüler einen anhaltenden, positiven Eindruck von Unterfranken mit nach Hause genommen haben.

**Kontakt**  
Tel.: 0931/380-1123  
E-Mail: [schulen@reg-ufr.bayern.de](mailto:schulen@reg-ufr.bayern.de)

Uwe Mitlöhner



Ein Besuch unter anderem bei der Firma König & Bauer, Würzburg, und ...



... bei der Firma Bionade, Ostheim v. d. Rhön, unterstrich den berufsorientierten Teil des Besuchsprogramms.

Der Kletterwald am See in Schweinfurt/Schwebheim bot sportliche Höchstleistungen...



... ebenso wie das „Kanuspektakel“ auf dem Main in 16-Mann-Kajaks.



# EU-Zulassung von Betrieben

„Hygienepaket“ erfolgreich umgesetzt

Seit dem 01.01.2006 gelten in ganz Europa neue Lebensmittelhygienevorschriften auf der Grundlage verschiedener EU-Verordnungen. Dieses sogenannte „Hygienepaket“ hat zum Ziel, europaweit in sämtlichen Mitgliedsländern einwandfreie Nahrungsmittel und einen hohen Verbraucherschutz sicherzustellen. Ein Kernpunkt ist die Pflicht zur formellen Zulassung aller Betriebe der tierischen Lebensmittelproduktion. Der EU-Gesetzgeber erfasste ausdrücklich alle denkbaren Produktionsbereiche vom landwirtschaftlichen Einzelerzeuger hin zum Großbetrieb. Neu daran war, dass so auch die Mehrzahl der kleinen Unternehmen erfasst wird, die keineswegs europaweit, sondern ausschließlich national in ihrer Region vermarkten.

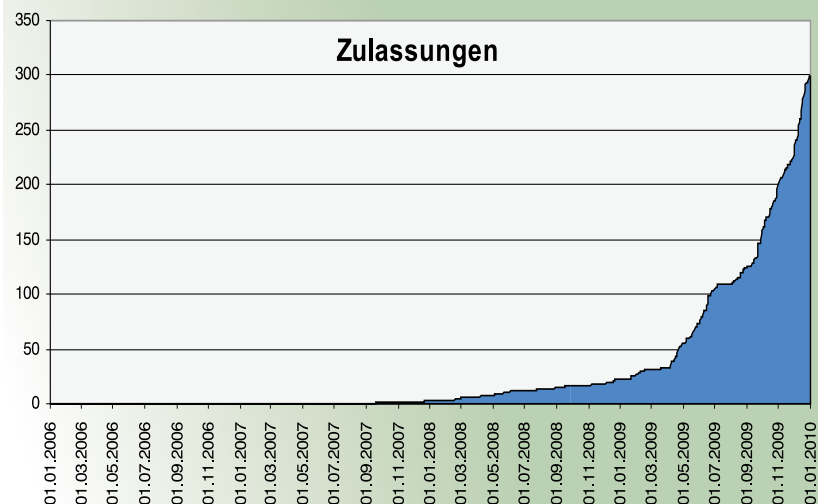
Die Zulassung erfolgt bezogen auf den jeweiligen Betrieb sowie die Tierart und die konkrete Tätigkeit. Zur Erleichterung für die Betroffenen war eine Übergangsfrist bis 31.12.2009 eingeräumt worden, um rechtzeitige betriebliche Anpassungen in Abstimmung mit den Behörden zu ermöglichen. Leider ließen die meisten Zulassungspflichtigen einen Großteil der vierjährigen Übergangszeit ungenutzt verstreichen. Die meisten Betriebe hofften wohl bis in das Jahr 2008 auf Ausnahmeregelungen oder die Aufweichung der stringenten Vorgaben. Erst nach einem massiven öffentlichkeitswirksamen Einsatz von Vertretern der Politik, des Ministeriums und der Regierungen unter Einbindung der Berufsverbände liefen nennenswerte Antragszahlen auf. In Unterfranken schrieb Regierungspräsident Dr. Paul Beinhofer ausnahmslos alle fraglichen Unternehmen an und warb in Anwesenheit der Presse mit zahlreichen Übergaben von Zulassungsbescheiden – auch im Interesse der Betriebe – für eine rasche Antragstellung.

Nach anfänglich unsicheren Schätzungen erwiesen sich in Unterfranken 301 Betriebe als zulassungspflichtig. Bis Ende 2008 lagen davon erst etwa 25 Anträge vor. Somit war der weit überwiegende Teil der Verfahren im Jahr 2009 abzuwickeln. Eine großes Arbeitspensum für die zuständigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Regierung und die eingebundenen örtlichen Veterinärämter, mussten doch die Produktionsstätten vorbesichtigt und die Unternehmer beraten, ein Ergebnis- bzw. Mängelprotokoll erstellt und, gegebenenfalls nach Mängelbeseitigung, eine abschließende Zulassungsbegehung vorgenommen werden. Nach Vorlage aller Antragsunterlagen erteilte dann das zuständige Regierungssachgebiet den jeweiligen Zulassungsbescheid. Soweit in Einzelfällen zeitnah zu behebbende Restmängel bis Ende 2009 noch nicht erledigt werden konnten, wurden sogenannte vorläufige Bescheide erlassen,



Den 100. Zulassungsbescheid überreichte Regierungspräsident Dr. Paul Beinhofer am 08.07.2009 an die Metzgerei Müller in Schonungen, Landkreis Schweinfurt.

die später – bei Vorliegen aller Zulassungsvoraussetzungen – in Dauerzulassungen umgewandelt wurden. Noch bis kurz vor Jahresende 2009 gingen die letzten Anträge ein. Dennoch konnten im Ergebnis bis zum 01.01.2010 rund 95% der zulassungspflichtigen Betriebe eine Zulassung erteilt werden.



Bereits jetzt ist absehbar, dass mit der EU-Zulassung sehr positive Ergebnisse erzielt wurden. So wurden durch die forcierte Umsetzung oftmals schon längst überfälliger Maßnahmen die Betriebsabläufe optimiert und Schwachstellen beseitigt mit der Folge, dass sich die Firmen fachlich und wirtschaftlich leistungsfähiger darstellen. Die meisten Betriebe zeigen sich durch die Rechtssicherheit und Entwicklungsmöglichkeiten in der Vermarktung aufgewertet.

Zusammenfassend ist festzustellen: Durch Nutzung aller Ressourcen und Synergieeffekte ist es der Regierung von Unterfranken gelungen, den Kraftakt EU-Zulassungen zu meistern.

## Kontakt

Tel.: 0931/380-1612 oder 380-1753

E-Mail: lebensmittelueberwachung@reg-uf.bayern oder veterinaermedizin@reg-uf.bayern.de

Josef Scheithauer  
Dr. Ralf Zechmeister



# Ein Wasserschatz für Kindergärten

## Neues Projekt der AKTION GRUNDWASSERSCHUTZ

Wasser macht Spaß und mit Wasser kann man ungeheuer viele spannende Sachen machen – das wissen schon Kindergartenkinder. Mit der neuen „Schatzkiste Wasser“ der Wasserschule Unterfranken können sie jetzt auch die faszinierenden Eigenschaften des Wassers in Experimenten erforschen. Sie entdecken, wo unser Trinkwasser herkommt und können die Bedeutung des Wassers für uns, die Tiere und die Pflanzen erkennen.

Die „Schatzkiste Wasser“ ist nach den Angeboten der Wasserschule Unterfranken für Grundschüler das neueste Projekt der „AKTION GRUNDWASSERSCHUTZ – Trinkwasser für Unterfranken“. Gerade in Unterfranken ist das Thema Wasser besonders wichtig. Wir leben in der trockensten Region Bayerns und da der Untergrund hier zumeist aus klüftigem Felsgestein besteht, sind die Grundwasservorräte, aus denen wir unser Trinkwasser gewinnen, schlechter geschützt als in anderen Regionen des Freistaats. Die „Schatzkiste Wasser“ soll dazu beitragen, dass der sensible Umgang mit unserem Lebensmittel Nr. 1 möglichst frühzeitig den künftigen Generationen nahegebracht wird. Eine nachhaltige Umweltbildung muss bereits bei den Kleinsten ansetzen.

Zugleich hilft die „Schatzkiste Wasser“ den Erzieherinnen und Erziehern, Vorgaben des Bayerischen Bildungsplanes für die Kindergärten umzusetzen. Danach sollen die Kinder naturwissenschaftliche und ökologische Zusammenhänge begreifen, selbstständig Experimente durchführen sowie ein Bewusstsein für eine gesunde Umwelt und die Bedeutung umweltbezogener Handlungsentwickeln.

Erarbeitet wurde die „Schatzkiste Wasser“ von einer

*Die „Schatzkiste Wasser“ ist prall gefüllt mit Experimenten, Spielen und Anregungen zum Thema Wasser.*

Arbeitsgruppe aus Erzieherinnen und pädagogischen Fachkräften aus dem Raum Würzburg, dem Büro Pro Natur aus Frankfurt und Mitarbeitern der Regierung von Unterfranken. Sie enthält beispielsweise Aktionskarten mit Anregungen, Experimentier- und Bastelanleitungen für Erzieherinnen und Erzieher sowie Aktionskarten für



*Mit Spannung erwarten die Kinder des Kindergartens St. Hildegard, Würzburg, die brandneue „Schatzkiste Wasser“ und probieren sie gleich aus.*



Die „Schatzkiste Wasser“ kann ab sofort von Kindergärten kostenlos bei den Wasserwirtschaftsämtern Aschaffenburg und Bad Kissingen sowie bei der Servicestelle Würzburg des Wasserwirtschaftsamtes Aschaffenburg ausgeliehen werden. Gemeinden, Wasserversorgungsunternehmen oder andere Sponsoren können die Wasserschatzkiste zum Selbstkostenpreis von 750 Euro erwerben, um sie ihren Kindergärten zur Verfügung zu stellen.

Kinder, vielfältige Experimentiermaterialien, ein interaktives Modell zur Trinkwasserversorgung, ein Brettspiel zum Wasserkreislauf, eine CD mit Wassergeräuschen und vieles mehr.

Nach einem Testlauf im Sommer 2009 steht das Angebot nunmehr allen Kindergärten in Unterfranken zur Verfügung, sofern ein Sponsor gefunden wird, der eine Schatzkiste für eine oder mehrere Einrichtungen finanziert. Vor allem Wasserversorgungsunternehmen, Städte und Gemeinden sind angesprochen, sich für ihre Kindergärten zu engagieren. Für alle, die keinen Unterstützer für eine eigene Schatzkiste finden, wird eine Ausleihmöglichkeit bei den Dienststellen der Wasserwirtschaftsämter in Aschaffenburg und Bad Kissingen sowie der Servicestelle in Würzburg geschaffen.

Die „Schatzkiste Wasser“ ist ein weiterer wichtiger Baustein der Bildung für nachhaltige Entwicklung in Unterfranken. Wir hoffen, dass möglichst viele Kindergärten das Angebot wahrnehmen, damit die Kinder über den Spaß und die Faszination am Element Wasser eine hohe Wertschätzung für unser Lebensmittel Nr. 1 entwickeln.

### Kontakt

Tel.: 0931/380-1379

E-Mail: [wasser@reg-ufr.bayern.de](mailto:wasser@reg-ufr.bayern.de)



# Artenvielfalt live erleben

## Biologische Vielfalt auf unterfränkisch

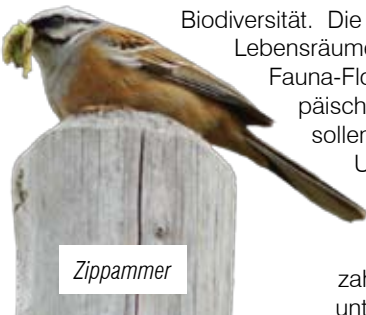
Vielfältig im wahrsten Sinne des Wortes waren auch 2009 wieder die Tätigkeiten der Regierung von Unterfranken als höhere Naturschutzbehörde. Denn auch im vergangenen Jahr zog sich das Thema „Biologische Vielfalt“ wie ein roter Faden durch nahezu alle Aufgabenfelder und Veranstaltungen, etwa bei der unterfränkischen Eröffnungsveranstaltung zur Bayern-Tour Natur am 1. Mai. Zusammen mit Regierungspräsident Dr. Paul Beinhofer und seiner Gattin ging es mit dem Rad durch das mit EU-Mitteln geförderte LIFE-Projektgebiet „Mainau von Haßfurt bis Eltmann“. Hier konnten die abwechslungsreiche Auenlandschaft mit ihrer Tier- und Pflanzenvielfalt bestaunt und Einblicke in die Pflegeanstrengungen gewonnen werden. Es folgten weitere Veranstaltungen mit Schulklassen, denen auf den Lehrplan abgestimmt, das Thema „Hecke“ spielerisch näher gebracht wurde.

Ein voller Erfolg war zudem auch die Broschüre „Natur. Vielfalt. Unterfranken.“, die noch Ende 2008 erschienen ist und sich im Laufe des vergangenen Jahres einer solchen enormen Nachfrage erfreute, dass die komplette Auflage von 5.000 Stück bereits vergriffen ist. Das Heft informiert nicht nur über die Bedeutung und die verschiedenen Facetten der biologischen Vielfalt und erfolgreiche Projekte in Unterfranken sondern auch darüber, was jeder einzelne von uns zum Erhalt der Biodiversität beitragen kann. Inzwischen wird an einer Neuauflage der erfolgreichen Broschüre gearbeitet.

*Bei der BayernTour Natur im LIFE-Projektgebiet „Mainau von Haßfurt bis Eltmann“ informierten sich Landrat Rudolf Handwerker und Regierungspräsident Dr. Paul Beinhofer über die Artenvielfalt in diesem Gebiet.*



Die Rhön mit ihrer einzigartigen Landschaft stand ebenfalls wieder im Focus der Bemühungen um den Erhalt der Biodiversität. Wie können die Lebensbedingungen des Birkwildes der Rhön dauerhaft gesichert werden? Welche Maßnahmen sind erforderlich? Diese Fragen galt es zu klären und anzupacken.



Zippammer

Auch die Managementplanung im Rahmen des europäischen Schutzgebietsnetzes Natura 2000 zielte und zielt in die Richtung der Erhaltung der Biodiversität. Die gefährdeten Arten und Lebensräume in den geschützten Fauna-Flora-Habitat- bzw. Europäischen Vogelschutzgebieten sollen und werden durch die Umsetzung sogenannter Managementpläne für jedes einzelne Gebiet gefördert. Bei der Vielzahl und Vielfältigkeit der unterfränkischen Gebiete wird dieses Thema die Regierung noch viele Jahre beschäftigen.

Nicht zuletzt konnten auch Mittel aus dem Konjunkturpaket II zur Förderung der Biodiversität eingesetzt werden. Durch die im Jahr 2010 beginnende Maßnahme „Sanierung von ökologisch wertvollen Weinbergsmauern im Naturschutzgebiet Grainberg-Kalbenstein und Saupurzel“ werden sogar, (im engeren Wortsinn natürlich nicht artgerecht) zwei Fliegen mit einer Klappe geschlagen: Erhalt und Wiederherstellung der Weinbergsmauern als wichtiger Lebensraum seltener Tiere und Pflanzen und als Grundlage für eine Bewirtschaftung der Weinberge.

Erhalt von biologischer Vielfalt wie sie fränkischer und geschmackvoller kaum sein kann.

### Kontakt

Tel.: 0931/380-1165

E-Mail: [umwelt@reg-uf.r.bayern.de](mailto:umwelt@reg-uf.r.bayern.de)

*Weinbergsmauern im Naturschutzgebiet Grainberg-Kalbenstein.*



Foto: Otto Elsner, Volkach

Sand-Silberscharte



Uhu

Marcus Wessels





# Umwelt- und Gesundheitstag Unterfranken

Große Resonanz in der Weißen Mühle am  
29. Juli 2009 in Estenfeld

Mit dem „Umwelt- und Gesundheitstag Unterfranken“ am 29. Juli 2009 in Estenfeld sollte an Hand einiger ausgewählter „Highlights“ gezeigt werden, dass in Unterfranken eine Vielzahl von Projekten einen maßgeblichen Beitrag zum präventiven Gesundheitsschutz leisten. Die verschiedenartigsten Referate erfuhren bei den mehr als 270 Besuchern große Aufmerksamkeit. Martin Heyn, Mitarbeiter des Gesundheitsamtes Würzburg, zeigte am Beispiel des „Würzburger Residenzlaufs“ den gesundheitlichen Effekt des Breitensports auf. Dr. Christof Potschka, Regierung von Unterfranken, stellte mittels zweier Extreme – einerseits das Übergewicht und andererseits die Mangelernährung – heraus, dass neben einer gesunden und ausgewogenen Ernährung ausreichende Bewegung von ausschlaggebender Bedeutung ist.

Erschreckend waren die Zahlen, die Brigitte Then vom Gesundheitsamt Main-Spessart nannte: So konsumierten männliche Jugendliche zwischen 16 und 17 Jahren im Jahre 2007 über 150 g Reinalkohol pro Woche, ein Wert, der 12 Flaschen Bier oder 7 Schoppen Wein entspricht. Das Projekt „Hart am Limit (HaLT)“ versucht in Zusammenarbeit mit Kliniken, Kreisjugendringen, Festveranstaltern und Polizei Jugendliche gegenüber dem Alkohol zu sensibilisieren.

Rudolf L. Schreiber von der ProNatur GmbH schilderte in einem kurzweiligen Beitrag den multifunktionalen Ansatz des Vorzeigeprojekts der Regierung von Unterfranken, nämlich der „Aktion Grundwasserschutz“ mit den Handlungsfeldern Öffentlichkeitsarbeit, Bildung für nachhaltige Entwicklung, grundwasserverträgliche Landwirtschaft und regionaler Kooperation. Die „Aktion Grundwasserschutz“ wurde

bereits zum zweiten Mal als offizielles Projekt der Vereinten Nationen ausgezeichnet. Jörg Steinhoff, Regierung von Unterfranken, wies in seinem Vortrag nach, dass „Naturschutz“ durch biologische Vielfalt die Lebensqualität und Gesundheit sichert. Musterbeispiel dafür, wie die konkurrierenden Nutzungsinteressen und das Miteinander von Mensch und Natur in Einklang gebracht werden können, ist das „Biosphärenreservat Rhön“.

Der Umweltbeauftragte der Diözese Würzburg, Edmund Gumpert, rückte

die Umweltbildung als wichtige Gemeinschaftsaufgabe in den Mittelpunkt seines Vortrags. Er stellte das außerordentlich leistungsfähige, effiziente und innovative Netzwerk der Umweltbildung in Unterfranken dar als vielbeachtetes Vorbild für ganz Bayern und darüber hinaus.

Regierungspräsident Dr. Paul Beinhofer stellte heraus, dass sich die Regierung von Unterfranken gerade des Themas „Nachhaltigkeit“ bereits seit Jahren angenommen hat. Eine Vielfalt von Aktivitäten und Anstößen – angefangen von den Arbeitsgruppen „Agenda 21“, „Umweltpakt“, „Aktion Grundwasserschutz“ bis hin zu Veranstaltungsreihen über Möglichkeiten des sparsamen Energieeinsatzes bei Gebäuden zum Klimaschutz dokumentierten dies in hervorragender Weise.

Dies alles nahm die Staatssekretärin im Bayerischen Staatsministerium für Umwelt und Gesundheit, Melanie Huml, zum Anlass, festzustellen, dass die Regierung von Unterfranken gerade im Bereich des Umweltschutzes und der Gesundheit eine wichtige Bündelfunktion habe und auch ausübe, indem sie erstere mit den übrigen wichtigen Belangen, z.B. Wirtschaftsförderung und Verkehrsinfrastruktur, übergreifend zusammenführe. Sie sprach der Regierung von Unterfranken den besonderen Dank für das sensible Vorgehen und die professionelle Arbeit bei der Verknüpfung von Umweltbelangen mit ökonomischen, sozialen und kulturellen Interessen aus. Ihre Zusage, die „Gesundheitsregion Würzburg – Bäderland Bayerische Rhön“ weiterhin zu unterstützen, stieß auf große Zustimmung. Die Staatssekretärin zeigte sich überzeugt, dass das hervorragende Konzept es verdient habe, im Wettbewerb einen Spitzenplatz einzunehmen. Die Regierung von Unterfranken spiele ferner beim Krankenhausbau eine entscheidende fachliche Rolle. Sie lobte die hervorragende Zusammenarbeit der Krankenhausabteilung des Umweltministeriums mit den beteiligten Sachgebieten der Regierung von Unterfranken.

Darüber hinaus gab die Staatssekretärin einen Überblick über die Aktivitäten und Ziele des „Lebensministeriums“, wie sich das Bayerische Staatsministerium für Umwelt und Gesundheit mit „Zweitnamen“ neuerdings nennt. Sie legte Wert auf die Feststellung, dass die bayerische Umwelt- und Gesundheitspolitik langfristig und nachhaltig angelegt ist. Die Bayerische Staatsregierung wolle die Schöpfung bewahren, aber auch gleichzeitig den Freistaat Bayern wirtschaftlich und sozial gesund erhalten.

## Kontakt

Tel.: 0931/380-1262

E-Mail: [umwelt@reg-ufr.bayern.de](mailto:umwelt@reg-ufr.bayern.de)



Die Prominenz zeigte sich gesundheitsbewusst, (von links nach rechts): Staatssekretärin Melanie Huml, Bundestagsabgeordneter Paul Lehrieder, Regierungspräsident Dr. Paul Beinhofer.



# Im „Jahr der Biosphärenreservate“ – die Rhön ganz vorne mit dabei!

EUROPARC Deutschland, der Dachverband der Nationalparke, Naturparke und Biosphärenreservate in Deutschland, hatte in Kooperation mit der Deutschen UNESCO-Kommission und dem Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit das Jahr 2009 als „Jahr der Biosphärenreservate“ ausgerufen. Als Schirmfrau und Schirmherr konnten Bundeskanzlerin Angela Merkel und der damalige Bundesumweltminister Sigmar Gabriel gewonnen werden. Die Bundesgartenschau in Schwerin war als zentrales Präsentationsereignis ins Auge gefasst.

Im Reigen hochkarätiger Veranstaltungen durfte die der Regierung von Unterfranken zugeordnete Bayerische Verwaltungsstelle des Biosphärenreservats Rhön sogar den Anfang machen. Sie organisierte und betreute die Eröffnung des „Jahres der Biosphärenreservate“ im Rahmen der Reisemesse FREE in München durch



*Bundespräsident Prof. Horst Köhler mit Frau Eva-Luise bei der Eröffnung der BuGa Schwerin am 23.04.2009 am Biosphärenpavillon im Kreise der Festgäste.*

Staatsminister Dr. Markus Söder gemeinsam mit dem Präsidenten von EUROPARC Deutschland, Guido Puhmann, und der Vorsitzenden des Deutschen MAB-Nationalkomitees, Gertrud Sahler.

Die intensive Mitarbeit an der Gestaltung des Biosphärenpavillons auf der Bundesgartenschau in Schwerin wurde belohnt durch die Teilnahme aller Biosphärenreservatsleiter an der gelungenen Eröffnungsveranstaltung mit Bundespräsident Prof. Horst Köhler Ende April. Zurück in heimischen Gefilden folgte wenig später die Eröffnung der neuen Ausstellung zum Biosphärenreservat Rhön im Foyer der Regierung durch Regierungspräsident Dr. Paul Beinhofer. Sie ist seither ganz oder in Teilen regelmäßig bei Veranstaltungen im Einsatz; die modulare Konzeption hat sich hier sehr bewährt. Erfreulicherweise fiel der Festakt zum „Jahr der Biosphärenreservate“ mit dem Schirmherrn Bundesumweltminister Gabriel zeitlich

mit der Standbetreuung durch die Bayerische Verwaltungsstelle im Rahmen der „Rhöner Wochen“ Ende August zusammen. In diesem Rahmen konnte die Verwaltungsstelle zusammen mit den Kollegen aus Hessen und Thüringen die Rhön und ihre positive Entwicklung seit der Ausweisung des Biosphärenreservats vor einem sonst unerreichbar großen Publikum präsentieren.

2009 war jedoch nicht nur ein Jahr der Ernte, es wurde auch gesät. Insbesondere das Projekt „Grünes Klassenzimmer“ hat die Verwaltungsstelle nachhaltig beschäftigt. Gemeinsam mit dem Verein Naturpark und Biosphärenreservat Rhön, dem Schullandheimwerk Unterfranken und der Diözese Würzburg entwickelte die Verwaltungsstelle ein vernetztes Konzept für eine leistungsfähige und inhaltlich aufeinander abgestimmte Umweltbildung der verschiedenen Träger in der Rhön. Das „Grüne Klassenzimmer“ setzt dabei auf die intensive Kooperation der neu zu schaffenden, nach dem Konjunkturpaket II als kommunale Maßnahme geförderten Einrichtung in Oberelsbach mit den bestehenden Schullandheimen Bauersberg und Thüringer Hütte. Bei der Vorbereitung und Begleitung des Realisierungswettbewerbs für die neue Umweltbildungseinrichtung in Oberelsbach, der am 13.11.2009 mit zukunftsweisenden Ergebnissen abgeschlossen wurde, war neben der Verwaltungsstelle auch der Bereich Planung und Bau der Regierung von Unterfranken intensiv eingebunden.

Daneben engagierte sich die Verwaltungsstelle z.B. mit einem Projekt zum bewussten nachhaltigen Konsum an Bad Neustädter Schulen, mit einem Klimaschutzprojekt für Gemeinden, mit der Ausrichtung der Rhöner Wiesenmeisterschaft und der Erforschung der historischen Kulturlandschaft für die Region. Auch wurde wiederum eine stattliche Zahl in- und ausländischer Fachleute, die das Biosphärenreservat besuchten, intensiv durch die Verwaltungsstelle betreut. Das Biosphärenreservat Rhön kann – gerade auch in seinem bayerischen Teil – auf ein erfolgreiches Jahr zurückblicken!

## Biosphärenreservat Rhön



*Staatsminister Dr. Markus Söder anlässlich der Eröffnung des Jahres der Biosphärenreservate am 28.02.2009 auf der Neuen Messe München vor dem Reliefmodell der deutschen Biosphärenreservate.*

Kontakt  
Tel.: (0 97 74) 91 02-0  
E-Mail: [postmaster@brrhoenbayern.de](mailto:postmaster@brrhoenbayern.de)

Michael Geier



Nähere Informationen zum Biosphärenreservat Rhön finden Sie im Internet unter:  
<http://www.brrhoen.de>.



# Gefährliche Himmelslaternen

## Gewerbeaufsicht macht Vorstoß für ein gesetzliches Verbot

Die Lampions mit der brennenden Flamme werden immer häufiger bei Festveranstaltungen in den Nachthimmel geschickt. Sie sind beim Aufsteigen schön anzusehen und versprechen ein unvergessliches Erlebnis. Leider wurde dieses in der letzten Zeit immer wieder durch Brände getrübt. Trauriger Höhepunkt war an Pfingsten der Tod eines zehnjährigen Jungen, verursacht durch den Brand eines Wohnhauses in Siegen.

Die Regierung von Unterfranken warnte deshalb schon mehrmals die Öffentlichkeit vor dem Gebrauch dieser Feuerballone. „Hände weg von Himmelslaternen, Skylaternen und Skyballonen“ forderte im Sommer Regierungspräsident Dr. Paul Beinhofer. In einer Pressemitteilung erklärte er: „Diese Flugkörper sind nach dem Start unkontrollierbar und werden dadurch brandgefährlich!“

In Bayern ist es zwar verboten die Feuerballone gen Himmel zu schicken. Allerdings sind Ausnahmen durch die Kreisverwaltungsbehörden möglich. Aus diesem Grund und aus Unwissenheit der Verbraucher über mögliche Gefahren, boomt nach wie vor das Steigenlassen der gefährlichen Flugkörper. Ein einheitliches Verwendungsverbot gibt es weder in den Bundesländern noch in den EU-Mitgliedsstaaten.

der Fachabteilung „Technischer Verbraucherschutz“ beim Bayerischen Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen den Vorstoß unternommen, ein gesetzliches Verbot des „Inverkehrbringens“ von Himmelslaternen auf den Weg zu bringen. Neben der einheitlichen Vorgehensweise in den einzelnen



**MAIN POST**  
WÜRZBURGER BEHEBTE NACHRICHTEN

**WÜRZBURG**  
**Signalballone brandgefährlich**  
Strafe und Schadenersatz

(geha) Die Regierung von Unterfranken warnt vor sogenannten Himmelslaternen. Nach Angaben der Behörde stellen die Flugkörper, die auch „Skylaternen“ oder „Skyballone“ genannt werden, ein erhebliches Brandrisiko dar. Die mit einer kleinen Flamme betriebenen Miniatur-Heißluftballons aus Reispapier hätten in diesem Jahr bereits mehrere Äcker und Häuser angezündet. Bei Aschaffenburg wurde zuletzt auf dem Dach einer Schreinerei ein Brand entfacht, der gerade noch rechtzeitig eingedämmt werden konnte. Wie die Behörde mitteilte, sind die Flugkörper verboten. Wer unbemannte Ballone mit flüssigem oder gasförmigem Brennstoff steigen lasse, dem drohe ein Bußgeld von bis zu 1000 Euro. Zudem hafteten die Verursacher für die Himmelslaternen verursachten Schäden.

Presseveröffentlichung Main-Post vom 13.08.2008.

Bundesländern hätte ein gesetzliches Verbot auch den Vorteil, dass der Verbraucher generell vor den gefährlichen Ballonen geschützt wird, indem er sie im Handel nicht mehr erwerben kann.

Man kann gespannt sein, ob die verantwortlichen Vertreter der Marktaufsichtsbehörden der Bundesländer das Vorhaben auf Bundesebene einheitlich mittragen und einen entsprechenden Gesetzesentwurf anregen bzw. vorschlagen. Möglicherweise wird in diesem Zusammenhang auch über ein europaweites Verbot der Himmelslaternen nachzudenken sein.

Peter Ort



Unbeschreibliches Erlebnis – aber gefährlich: Himmelslaternen.

Nach den Bestimmungen des Geräte- und Produktsicherheitsgesetzes dürfen nur sichere Produkte, von denen keine Gefahr ausgeht, in Verkehr gebracht werden. Diese Forderung ist bei den bisher bekannten Himmelslaternen nicht erfüllt. Das Gewerbeaufsichtsamt der Regierung von Unterfranken hat deshalb gemeinsam mit

**Kontakt**  
Tel. 0931/380-1861  
E-Mail: dezernat4@reg-ufr.bayern.de

# Flüssiggas – die mobile Energie

## Überprüfung von mobilen Flüssiggasanlagen auf Volksfesten und Märkten

Flüssiggas als mobile Energiequelle wird wegen der flexiblen Einsatzmöglichkeiten häufig auf Jahrmärkten und bei vielen weiteren Veranstaltungen zum Kochen, Grillen und Heizen verwendet. Bereitgestellt wird das Gas in Flaschen mit 5, 11, 33 kg Inhalt oder in speziellen Flüssiggastanks.

Wie die Unfälle der letzten Jahre zeigen, werden beim Umgang mit Flüssiggas jedoch einige grundsätzliche Verhaltensregeln nicht beachtet. Weniger die Gasflaschen oder Gastanks selbst – vielmehr die angeschlossenen Geräte können hierbei ein Schwachpunkt sein. Insbesondere die Leitungen, Schläuche, Ventile, Armaturen und Verbindungsstücke müssen sachkundig montiert und gewartet sein, damit ein unkontrollierter Gasaustritt sicher verhindert wird. Auch müssen die Mitarbeiter in den Verkaufsständen sachgerecht geschult sein, um im Gefahrenfall richtig und schnell reagieren zu können.

Im Rahmen einer Schwerpunktaktion wurden vom Gewerbeaufsichtsamt der Regierung von Unterfranken Flüssiggasanlagen auf Volksfesten und Märkten von Mai bis Dezember des Jahres 2009 überprüft.

Die Ergebnisse zeigten, dass die organisatorischen Anforderungen wie Betriebsanweisungen und Behelfen der Standmitarbeiter in den meisten Fällen nur unzureichend bis überhaupt nicht vorhanden sind. Bei der sicherheitstechnischen Ausrüstung der Flüssiggasanlagen wurden Mängel durch Verwendung ungeeigneter Druckgasregler oder fehlende Schlauchbruchsicherungen festgestellt.

Die Projektarbeit machte deutlich, wie wichtig es ist, dass eine schnell handelnde und effiziente Aufsichtsbehörde vor Ort Präsenz zeigt und so manche Sicherheits- und Organisationsmängel durch gezielte Information beseitigt, wenn nötig die erforderlichen Maßnahmen anordnet, und damit die Sicherheit von Flüssiggasanlagen im öffentlichen Bereich erhöht.

Matthias Rost



### Stichwort: Flüssiggas

Flüssiggas entsteht bei der Erdölverarbeitung. Es wird bei relativ niedrigem Druck verflüssigt und in Flaschen abgefüllt, bei größerem Verbrauch in Tanks gespeichert und von Tankfahrzeugen angeliefert. Flüssiggas (Propan oder Butan) ist ein farbloser, brennbarer und hochentzündlicher Stoff. Es ist schwerer als Luft, fließt wie eine Flüssigkeit und sammelt sich deshalb bevorzugt in Vertiefungen, Schächten und Kellern. Aus diesem Grund darf Flüssiggas normalerweise nicht in Kellerräumen und unter Erdgleiche verwendet werden. Schon bei der geringsten Vermischung von Flüssiggas mit der Umgebungsluft entsteht eine zündfähige Atmosphäre, die zu einer Verpuffung oder Explosion führen kann.



Grill mit vorschriftsmäßig fest verlegten Anschlussleitungen.



Fehlende Schlauchbruchsicherung und falscher Druckregler.



Unzulässige Lagerung von Flüssiggas neben brennbaren Gegenständen.

### Kontakt

Tel: 0931/380-1855

E-Mail: dezernat3b@reg-ufr.bayern.de



# Dachhaie

## Unseriöse Dachdecker verstoßen nicht nur gegen die Arbeitsschutzvorschriften

Alle Jahre wieder sind unseriöse Dachdecker unterwegs, sogenannte „Dachhaie“.

Ihre Zielgruppe sind vor allem Senioren. Ihre Opfer finden sie in Nachkriegssiedlungen und Wohnsiedlungen bis Ende der siebziger Jahre. Gelockt wird mit einem Pauschalpreis, der weit unter dem angeblich üblichen örtlichen Preis liegt, also ein sogenanntes Schnäppchen. Es wird zur sofortigen Unterschrift eines handschriftlichen Bauvertrages gedrängt, sowie Bargeldzahlung vereinbart. In Wirklichkeit sind die Preise überhöht. Bei einer kompletten Dacheindeckung wird bis zum 2,5-fachen des ortsüblichen Preises verlangt, bei einer Reparatur wie z.B. für eine Firstausbesserung bis zum 10-fachen.

In den meisten Fällen werden die Arbeiten unqualifiziert, entgegen den Fachregeln ausgeführt. Aktuelle Vorschriften wie die Energieeinsparverordnung oder Maßnahmen zur Wärmedämmung, die bei einer Dachsanierung zu beachten sind, werden ignoriert.



Diese Gesetzesbrecher auf dem Dach missachten unter anderem auch die Sicherheitsvorschriften, so dass das Dezernat 2 der Gewerbeaufsicht oft die Baustellen einstellen muss. Dies bedeutet für den Hausbesitzer zusätzlich Ärger, da er eventuell ein halbfertiges Dach hat und im schlimmsten Fall die Dachhaie auf nimmer Wiedersehen davon eilen.

Sogenannte „Verwandte des Dach-Haies“ sind Dachreiniger, die mit dem Hochdruckreiniger unansehnliche Dachflächen reinigen, aber in Wirklichkeit mehr beschädigen. Die nachfolgende Dachversiegelung blättert oft nach wenigen Jahren schon wieder ab.

Die Gewerbeaufsicht der Regierung von Unterfranken steht den geschädigten Bürgern gerne zur Seite, kann aber in ihrer Zuständigkeit nur die arbeitsschutzrechtlichen Belange prüfen und Verstöße ahnden. Alles andere ist Zivilrecht. Häufig liegt der Verdacht auf Schwarzarbeit, Verstoß gegen die Handwerksordnung und Steuerhinterziehung vor. Hier werden die zuständigen Stellen vom Dezernat 2 unverzüglich informiert.

Grundsätzlich sollte man nicht voreilig und schon gar nicht an der Haustüre unterschreiben.

Es ist ratsam Vergleichsangebote von heimischen Dachdeckern einzuholen. Der Kunde hat bei Haustürgeschäften ein gesetzliches Widerrufsrecht von 14 Tagen. Davon kann er natürlich nur Gebrauch machen, solange er noch ein Dach über dem Kopf hat.

### Kontakt

Tel: 0931/380-1830

E-Mail: [dezernat2@reg-ufr.bayern.de](mailto:dezernat2@reg-ufr.bayern.de)

*Fehlende und unvollständige Gerüste bei einer Dachsanierung auf einer Baustelle im Regierungsbezirk Unterfranken durch Dachhaie.*



*Fehlende Absturzsicherungen bei einer Dachumdeckung auf einer Baustelle im Regierungsbezirk Unterfranken durch Dachhaie, Absturzhöhe bis 7m.*

# Fingernagelkleber unter der chemischen Lupe

## Frage:

Was ist der Unterschied zwischen einem Fingernagelkleber und einem handelsüblichen Sekundenkleber, wie im Bild dargestellt?

## Antwort:

Prinzipiell keiner.

Beides sind cyanacrylathaltige Kleber, die mit Hilfe der Luftfeuchtigkeit ihre klebenden Eigenschaften entfalten. Sie sind als reizend eingestuft und werden zum Verbinden unterschiedlicher Materialien eingesetzt.

Sekundenkleber sind nicht ungefährlich, weil man sich bei Unachtsamkeit z.B. die Augenlider schmerzhaft zusammen kleben kann. Jetzt wurden bei verschiedenen Proben von Nagelklebern, die das Dezernat 5 Chemikaliensicherheit veranlasst hat, Toluol und Chloroform als Lösungsmittel gefunden. Diese Substanzen stehen im Verdacht, fortpflanzungsgefährdend (Toluol) oder krebserzeugend (Chloroform) zu sein.

Zum Schutz der Verbraucher wurden in der Chemikalienverbotsverordnung Obergrenzen festgelegt, die nicht überschritten werden dürfen. Für Lösungsmittel in Klebern gilt für die genannten Substanzen, dass maximal 0,1 Gew.-%, also ein Promille, enthalten sein dürfen. Diese Grenzwerte wurden bei einigen Nagelklebern – meist Importware aus Fernost – zum Teil erheblich überschritten. Die Produkte waren damit nicht mehr verkehrsfähig und mussten aus dem Handel genommen werden.

Dieser Vorgang wäre nicht besonders erwähnenswert, wenn man dabei nicht in Erfahrung gebracht hätte, dass in Nagelmitteln (z.B. Nagellack) nach der Kosmetikverordnung bis 25 Gew.-% Toluol, also der 250-fache Grenzwert, zulässig ist und das bei Produkten, die gerade von gebärfähigen Frauen häufig benutzt werden.

Nicht nur den Fachleuten ist es schwer verständlich, dass es zwei so weit auseinander liegende Grenzwerte für einen Inhaltsstoff von ähnlichen Produkten gibt.

Aus präventiven Gründen wirkt das Gewerbeaufsichtsamt an der Regierung von Unterfranken darauf hin, dass bei strittigen Produkten der strengere Grenzwert eingehalten wird.

Neben den genannten Lösungsmitteln wurden auch Kleber mit den giftigen Substanzen Benzol und Methanol von den stofflichen Verbraucherschützern aus dem Verkehr gezogen. Daher ist grundsätzlich Vorsicht beim Kauf von Sekunden- und Allesklebern aus dem Billigmarktsegment geboten.

Dr. Karl Böhm  
Jürgen Hammer

*Enthält der Sekundenkleber gefährliche Inhaltsstoffe?*

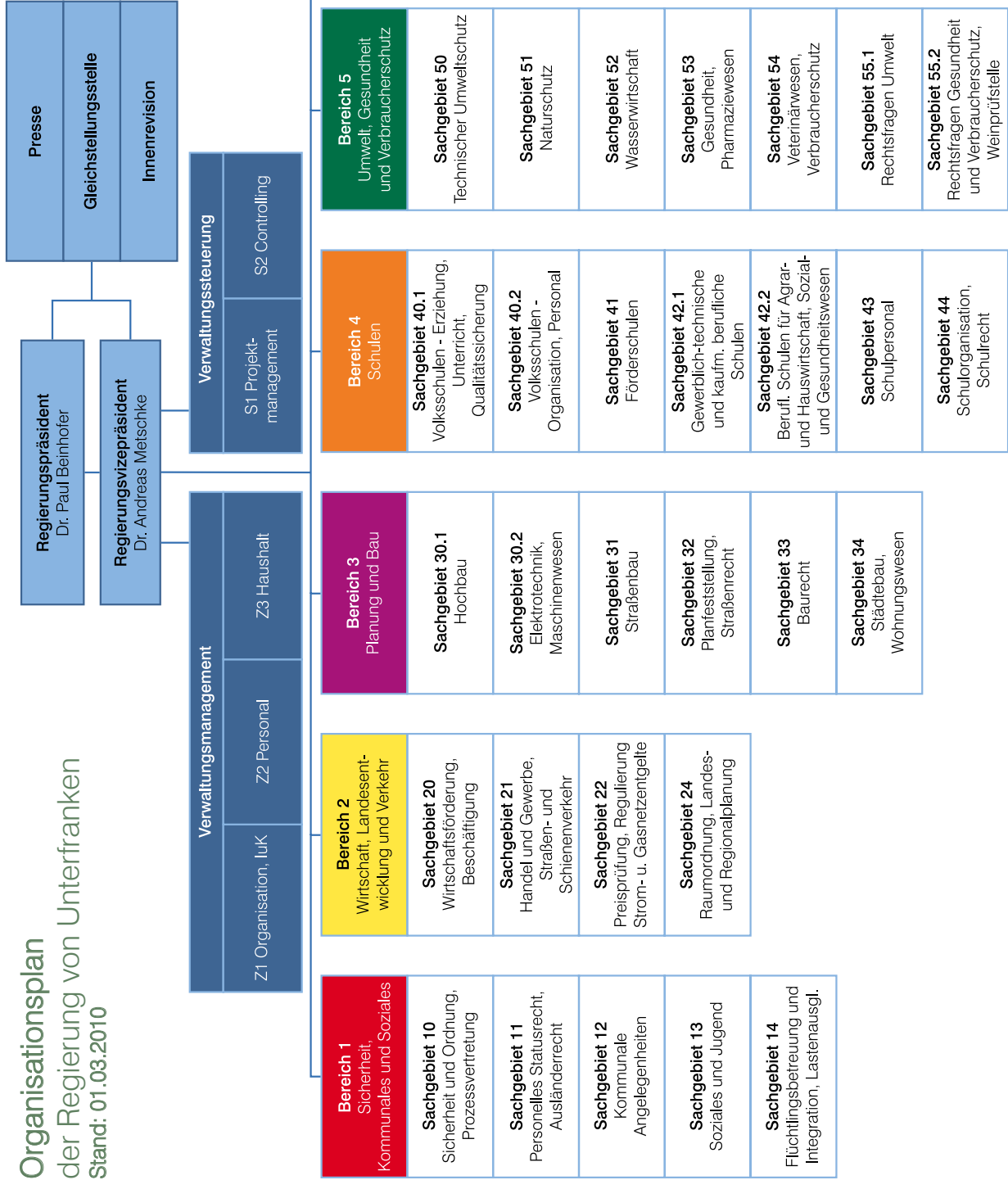


## Kontakt

Tel. 0931/380-1871 oder 380-1872

E-Mail: dezernat5@reg-ufr.bayern.de

# Organisationsplan der Regierung von Unterfranken Stand: 01.03.2010





## Impressum

Herausgeber: Regierung von Unterfranken  
Peterplatz 9  
97070 Würzburg  
Telefon: 0931-380-00  
Fax: 0931/380-2222  
E-Mail: [poststelle@reg-ufr.bayern.de](mailto:poststelle@reg-ufr.bayern.de)  
Internet: <http://www.regierung.unterfranken.bayern.de>

Redaktion: Johannes Hardenacke, Lydia Gießler, Pressestelle

Satz und Layout: Günther Wendorff, IuK-Bereich  
Bilder: Regierung von Unterfranken, soweit nicht  
anders vermerkt.  
Druck: flyeralarm GmbH, Greußenheim

© Regierung von Unterfranken, alle Rechte vorbehalten



**Jahresblick 2009**

Neubau Rudolf-Virchow-Zentrum und Institut für Molekulare Infektionsbiologie, Würzburg  
Foto: Wolfgang Dürr

Erweiterung Matthias-Grünwald-Gymnasium, Würzburg  
Foto: Wolf-Dietrich Weissbach

Zimmer der Hausfrau im Pompejanum, Aschaffenburg  
Foto: Staatliches Bauamt Aschaffenburg

Amtsgericht Bad Kissingen  
Foto: NovArte fotodesign

Zentrum Innere Medizin, Würzburg  
Foto: Wolfgang Dürr

Neubau für die Pharmazie und Lebensmittelchemie, Universität Würzburg  
Foto: Rolf Nachbar Fotografie und Design

Regierung von Unterfranken

